

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2^{50} DM

Nr. 289

2. Juni 1994



Inhalt:

Ordner:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Unterstützt die gesuchten und inhaftierten AntifaschistInnen !

Spendet Geld, Geld, Geld !

Der Prozeß, die AnwältInnen, die ÜbersetzerInnen, die Knastpakete sind teuer, teuer, teuer ! Die Leute , die sich auf der Flucht befinden, brauchen auch ne Menge Geld, Also wenn ihr eine Knastkasse in der Kneipe oder Anderswo seht - Portemonnaie auf , Geld rein.

Für die Inhaftierten gibt es ein neues Spendenkonto :

M. Holzberger
Kto.-Nr.. : 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

Liebe Grüße an Fatma, Mehmet, Abidin und die Leute auf der Flucht! Wir tun was wir können! Naziler defolun!

DEMONSTRATION !

Die besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer bleiben!

Die Spekulanten und Politiker, die für Obdachlosigkeit und Mietwucher verantwortlich sind, gehören auf die Straße gesetzt !

! Nicht wir !

Nach zweieinhalb Jahren, Prozeß nach Prozeß, hat unsere Eigentümerin ihren ersten Erfolg.
Im Einsteinufer kann ab 1. August geräumt werden!
Für das Gebäude Marchstr. 23 gibt es allerdings noch keinen Räumungstitel.
Deshalb müssen wir zu diesem Termin unbedingt durch eine große Öffentlichkeit verhindern, das es zu einem Teilräumungsversuch, bzw. zu einer Provokation von Seiten der Polizei kommt, um überfallmäßig alles zu räumen.
Wir sagen: Wir bleiben Alle. Wir schauen nicht zu wie ein Teil von uns auf die Straße gesetzt wird ! Alle oder Keine/r ! Deshalb machen wir diese Demonstration. Wir wollen bei unserer Eigentümerin, der *Henning, von Harlessem CO. GmbH in der Fasanenstraße 63* vorbei laufen (und dann ?) zu unseren Häusern, über den Kudamm und durchs reiche Charlottenburg. Wir haben in den letzten Jahren schon eine Menge Demos gemacht, denn wir wollen unsere Situation immer wieder öffentlich machen. Eine Demonstration ist eine gute Gelegenheit, das zusammen mit unseren FreundInnen und UnterstützerInnen zu tun. Die Verantwortlichen für Obdachlosigkeit, Wohnungsnot und Vertreibung müssen immer wieder in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Der Widerstand der Betroffenen muß laut und sichtbar werden. Ihr könnt was dazu tun!

Freitag 10 Juni
16 Uhr
U - Spichernstraße

danach Picknick bei uns

Kein Pardon den Spekulanten und Miethaien !

KAMPF DEM BRD-IMPERIALISMUS!
SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN VOLK!

DEMONSTRATION
am SAMSTAG, den 4. JUNI 1994
um 12.00 Uhr
am FEHRBELLINER PLATZ

In den letzten Wochen haben die sogenannten Ausschreitungen der KurdInnen einen Hauptpunkt der Tagesordnung in der BRD gebildet. Ein ganzes Volk wurde zu gemeingefährlichen Terroristen erklärt. Der deutsche Staat, ähnlich wie der türkische Staat, hat versucht, die Newroz-Feierlichkeiten in der BRD zu verbieten. Überall da, wo es trotz Verbote gefeiert wurde, kam es zu brutalsten Polizeieinsätzen. Mehrere KurdInnen wurden festgenommen, einige von denen schon an den faschistischen türkischen Staat ausgeliefert, was für diese Menschen sichere Folter und unter Umständen auch Tod bedeutet.

Wie bekannt hatte die BRD die PKK und ihre angebliche Nebenorganisationen (35 Vereine) im November 93 verboten, eine großangelegte Kampagne gegen KurdInnen gestartet, zu diesem Zweck Denunziationstelefone eingerichtet usw.

So hat der BRD-Staat den Vernichtungskrieg gegen die kurdische Nation, den er mit allen Mitteln unterstützt, auf den Boden der BRD getragen.

Der türkische Staat führt seit Jahren einen dreckigen Krieg gegen eine ganze Nation. Kurdische Dörfer werden durch Luftangriffe bombardiert. Die Bauer und Bäuerinnen werden gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Diejenigen, die sich dagegen wehren, werden ermordet und zu ›Terroristen‹ erklärt. Oft werden die ›grenzüberschreitenden militärischen Operationen‹ durchgeführt. Somit wird der Krieg nicht nur gegen die KurdInnen im türkischbesetzten Teil, sondern in allen Teilen von Kurdistan übertragen. Fast 2/3 der türkischen Armee befindet sich auf dem kurdischen Territorium. Die türkischen faschistischen herrschenden Klassen führen über ihre Medien eine chauvinistische Propaganda gegen alle nichttürkischen Nationalitäten, vorallem aber gegen Armenische und Kurdische.

Der imperialistische BRD-Staat unterstützt diesen Krieg mit Waffen, Geldmitteln, Beratern, Ausbildung von Speizalkriegseinheiten durch die GSG-9, den Informationsaustauch zwischen den Geheimdiensten der BRD und der Türkei usw. Die BRD ist Hauptwaffenlieferant und Geldgeber dieses Krieges. Nach Aussagen des türkischen Verteidigungsministers hat die BRD während dieses Krieges an die Türkei Waffen im Wert von 5 Milliarden DM verschenkt und von 8,5 Milliarden verkauft. Nach kurdischen Protesten und aufgrund der Angaben der BeobachterInnen wurde gegen die Türkei ein Waffenembargo verhängt, was eine Farce war. Nämlich hatte die BRD schon geliefert, was der türkische Staat im Kampf gegen die kurdische nationale Befreiungsbewegung braucht. Jetzt wurde dieses Schein-embargo wieder aufgehoben, mit der komischen Begründung, daß die deutschen Waffen in diesem Krieg nicht benutzt würden. Die Beweise darüber, die die BeobachterInnen vorgelegt haben, wurden als ›Kollagenbilder‹ und als ›Propaganda‹ abgetan.

Diese Politik ist keine Schützenhilfe für eine befreundete Regierung, sondern die Konsequenz der Innen- und Außeninteressen. Die BRD ist wirtschaftlich eine Weltmacht und sie ist auf dem besten Weg, auch militärisch und politisch eine Weltmacht zu werden. Aus diesem Grund strebt die BRD einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an. An der militärischen Front sieht es so aus, daß über die UNO-Einsätze in Somalia oder Kambodscha erste Versuche gemacht wurden, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen. Jetzt wird mit einer Verfassungsänderung der Weg für imperialistische Interventionen geebnet. Die Bundeswehr bereitet sich ihrerseits auf die neue Aufgaben vor, durch strukturelle Veränderungen der Bundeswehr in sogenannten Krisenreaktionssteitkräfte, die weltweit flexibel

eingesetzt werden können, verwandelt zu werden. Was der strategische Ziel des imperialistischen BRD-Staates ist, sagte der Kinkel deutlich: ›Nach außen müssen wir etwas vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind.‹ (FAZ vom 19.3.93) Der dritte Griff zur Weltmacht folgt der Logik der beiden ersten, gescheiterten.

Die Politik der BRD gegen die kurdische Nation ist in diesem Zusammenhang zu betrachten. Verschiedene politische Parteien wollen die sogenannte Kurdenfrage für ihre innenpolitische Konzepte mißbrauchen. Die Aktionen der KurdInnen werden zum Anlaß genommen, die rassistische Stimmung zu verstärken und die rassistische Ausländergesetze zu verschärfen. Schäubles Vorschlag, die Bundeswehr im Inneren des Landes einzusetzen, wird aus diesem Anlaß nochmal aktualisiert... Die Herren und Damen PolitikerInnen reden jetzt wieder von ›Gästen‹, von ›Mißachtung der Gastrechte‹, indem sie sich einerseits bemühen, ihre volle Verantwortung bei den Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen zu vertuschen, andererseits rassistische Propaganda schürend das Thema für das ›Superwahljahr 94‹ auszuschlachten und damit auf Stimmenfang zu gehen. Von Kohl über Kinkel bis zu Scharping und Teile der Grünen sind sie sich alle einig, daß gegen die KurdInnen schärfer vorgegangen werden muß, und die Ausländergesetze, die den MigrantInnen sowieso wenig Betätigungsraum lassen, noch mehr verschärft werden.

Daß ein ganzes Volk sich nicht verbieten läßt und sämtliche Maßnahmen des BRD-Staates an der Entschlossenheit der KurdInnen gescheitert sind, haben die Aktionen im Vorfeld und während der Newroz-Zeit deutlich gezeigt. Trotz der Kriminalisierung, Repressionen, Verbote und ihrer Ausländergesetze konnten die Herrschenden ihren Plan nicht durchsetzen. Die Liebe und der Wille zur Freiheit sind stärker als die Angst vor Verfolgung, Knast und Abschiebung.

In diesem vom türkischen Staat geführten und von der BRD unterstützten Krieg gegen die kurdische Nation kann es keine Neutralität geben. Deswegen: Solidarität mit dem kurdischen nationalen Befreiungskampf, dessen organisierte Kraft die PKK bildet.

Solidarität mit den Befreiungsbewegungen bedeutet, den Kampf in der ersten Linie gegen die eigenen Herrschenden zu führen. Solidarität mit den kurdischen und anderen Befreiungsbewegungen, wenn diese nicht mit den sozialen Kämpfen hier in den Metropolen verbunden und ergänzt wird, ist eine mangelnde Solidarität.

In einer Zeit, in der unsere Feinde und Feindinnen eng zusammenarbeiten, ist es für uns wichtiger denn je, uns zu solidarisieren und zusammenzuarbeiten. Das wird uns ermöglichen, den Herrschenden da das Handwerk zu legen, wo sie andere Völker ausbeuten, unterdrücken und vernichten, und da, wo sie uns das Leben unmöglich machen wollen.

* Keine Kriminalisierung des kurdischen Volkes!
* Kein Verbot und Verfolgung der MigrantInnenorganisationen!
* Keine Abschiebungen!
* Freilassung aller politischen Gefangenen!
* Bedingungslose Anerkennung des Rechtes der kurdischen Nation auf staatliche Lostrennung!
* Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!
* Keine Bundeswehreinsätze, nirgends!

Demo-Vorbereitungsgruppe
(Frauen- und Lesbenbündnis gegen imperialistische Kriege
Antifaschistische Frauen/Lesbengruppen
Initiative gegen Chauvinismus und für die Freundschaft der Völker
Bolschewik Partizan SympathisantInnen in Berlin
Basis Radio
Kurdistan Aktionsplattform)

V.i.S.d.P: Clara Müller, Karl-Marx-Str. 128, 12043 Berlin

EMMA, ES REICHT !

EMMA ES REICHT

EMMA greift das Lebensrecht behinderter Menschen an. Das "Magazin von Frauen für Menschen" bejubelt Euthanasie-Propagandist Peter Singer.

In der Ausgabe März/April 94 des Magazins EMMA erschien ein sechsseitiger Artikel von Cornelia Filter, der dem prominentesten Vertreter der neuen Euthanasie-Debatte, Peter Singer gewidmet ist. EMMA stellt Singer dort als geachteten Tierrechtler und Frauenfreund vor und ergreift Partei für seine 'moralphilosophischen' Thesen, die in der Forderung münden, die Tötung schwerstbehinderter Neugeborener auf Wunsch der Eltern zu erlauben.
Die Empörung über die Thesen von *"Freund Singer"* hält EMMA für *"Affentheater"*. Aufgrund *"deutscher Denktabus"* wolle man ihn *"hierzulande mundtot machen"*. Krüppelinitiativen würden aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands *"dünnhäutig auf eine Diskussion um Lebensrechte"* reagieren.

Uns erschreckt nicht, daß sich EMMA für Tiere einsetzt. Uns entsetzt aber, daß sie damit ein anderes Thema diskutierbar macht: das der (tödlichen) Selektion von menschlichem Leben in 'wertes' und 'unwertes'.

Dabei stützt sie sich auf die 'Ethik' Peter Singers, die durch die Verbindung von Tierschutz und Angriffen gegen ein Lebensrecht von Menschen gekennzeichnet ist.
Als 'Tierfreund' fordert er, die Grenzziehung zwischen der Spezies Mensch und der Spezies Tier aufzuheben. Diese Grenze sei willkürlich, priviligiere den Menschen und rechtfertige die Tötung von Tieren.
EMMA folgt dieser Logik, läßt aber die Frage offen, warum es *"zum Begreifen des Tierleids"* nötig sein muß, die Grenze zwischen Tier und Mensch aufzuheben. Warum sollte es nicht ausreichen, gegen die Unterwerfung, Instrumentalisierung und Ausbeutung der Natur (dazu gehören auch die Menschen) zu sein?

Die Gleichsetzung von Tieren und Menschen hatte bis heute immer eine individuelle oder kollektive Herabsetzung und Entwertung menschlichen Lebens zur Folge. In dieser Tradtion bleiben auch Singer und EMMA, indem sie fragen: Warum sollen denn alle Menschen ein gleiches Recht auf Leben haben?
*"Das Problem der Moral bezüglich der Vernichtung von Leben ist äußerst vielschichtig (...) Ich glaube, daß wir in absehbarer Zeit in Bezug auf die Unantastbarkeit menschlichen Lebens zu einer völlig neuen Einstellung kommen, einer Einstellung, die die **Qualität** des auf dem Spiel stehenden Lebens berücksichtigt und nicht die Frage: Gehört das Leben einem Glied der Spezies homo sapiens an oder nicht."* (Singer 1986)

So verwandelt sich Singers Ethik für Tierschützer in eine Ethik für Euthanasie-Täter. Unter dem Mantel des Tierschutzes wird menschliches Leben wieder in 'wertes' und 'unwertes' eingeteilt - eine Argumentation, die in einer Gesellschaft, die auf Leistungsfähigkeit und Verwertbarkeit aufbaut, auf fruchtbaren Boden fällt.

EMMA meint, es müsse wieder *"diskutabel"* werden, ein schwerstbehindertes Neugeborenes zu töten, wenn die Angehörigen es wollen. Zur Rechtfertigung scheut Filter sich nicht, das weibliche Selbstbestimmungsrecht anzuführen. *"Wenn aber eine Frau das Recht auf eine selbstbestimmte Mutterschaft hat, hat sie dann nicht auch das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie - statt 20 Jahre für ein gesundes Kind - lebenslänglich für ein behindertes Kind verantwortlich sein möchte."* Sie benutzt den Gedanken der Selbstbestimmung entpolitisiert und individualisiert. Selbstbestimmung ist für sie so auch das Recht auf ein bestimmtes Kind - eine 'Qualitätskontrolle'.

Als Feministinnen weigern wir uns, im Namen der Selbstbestimmung das Lebensrecht von Menschen anzugreifen.

Mit der Beseitigung der Grenze zwischen Mensch und Tier habe Singer die Machtfrage schlechthin gestellt und das tue nun auch EMMA, schreibt Filter. Kein Tierrecht kann die Infragestellung des Lebensrechts von Menschen rechtfertigen. Wo EMMA dies tut, beantwortet sie DIESE Machtfrage im Sinne einer Selektionslogik, die Menschen als austauschbare und zu verbrauchende Ressource betrachtet - nicht zuletzt die Frauen.

Die Aufwertung Peter Singers und seiner Thesen in der letzten Ausgabe von EMMA sind kein einmaliger Ausrutscher einer einzelnen Redakteurin.
EMMA scheint zu wissen, was sie will. Das hat sie bereits mit dem einfühlenden Artikel über die 'Böhsen Onkelz' und dem zum Teil offenen Rassismus des 'Fundamentalismus-Dossiers' im letzten Jahr gezeigt. Und im Namen des Tierrechts (Jan 94) relativierte EMMA den Holocaust.

"6 Millionen Tierversuche jährlich in der Bundesrepublik. Der Gedanke an 6 Millionen ermordeter Juden war zwingend für mich. Und die äußere Ähnlichkeit der modernen Tiervernichtungsanstalten mit KZs wird niemand bestreiten können. Es gibt alles von der Massenfolter bis zu den Vergasungsöfen und Krematorien, einschließlich der modernen Buchführung. (...) Nur ein bißchen schicker ist alles geworden. (...) Die Opfer sind immer noch aus Fleisch und Blut."

Mit der Begründung, 'deutsche Denktabus' aufbrechen zu wollen und sich einer geforderten 'political correctness' zu verweigern, hat EMMA eine Rechtswende vollzogen, die vor offen menschenverachtenden Positionen nicht halt macht. Was EMMA ihren LeserInnen als Feminismus, als mutigen Akt gegen die Männergesellschaft und kritischen Journalismus verkauft, ist bloße Anpassung an den gesellschaftlichen 'mainstream'.

Bereits angesichts des Fundamentalismus-Dossiers riefen Migrantinnengruppen zum Boykott von EMMA auf. Diesen Aufruf unterstützen wir und

rufen anläßlich der letzten Ausgabe von EMMA erneut alle feministischen Gruppen und Projekte sowie auch einzelne Frauen/Lesben zum Boykott von EMMA auf!

Kauft EMMA nicht mehr und teilt dies der Zeitschrift mit!

Kündigt Eure Abos!

Affenguerilla überfällt Emma

10.5.94

P.S. Soeben erreichte uns die Nachricht, daß einige zornige FrauenLesben mit Affenmasken der EMMA-Redaktion einen Überraschungs-Besuch abstatteten. Verschiedene Substanzen wie Sprühfarbe, Kompost, Sekundenkleber verzierten in Blitzesschnelle die Computer, Telefone, Tastaturen, Druckmaschinen etc. Die Äffinnen hinterließen außerdem einige Sprüche an Wänden, Schaufenstern und Türen.

Ihr sprecht uns aus dem Herzen, herzlichen Glückwunsch ! Es wurde mal Zeit, EMMA hat das schon lange verdient !

FrauenLesbenzusammenhänge aus Köln und anderen NRW-Städten

kurzer Bericht über die Verhinderung der Kanther-Veranstaltung in Trier

am 3.5. 94 kam Manfred Kanther, auf Einladung der CDU-Trier, zur zentralen hiesigen Kommunalwahlveranstaltung unter dem Motto "Sicherheit in Deutschland" in die Trierer Europahalle. Zur Störung der Veranstaltung direkt innerhalb der Halle wurde sehr kurzfristig mobilisiert. Überraschend fanden sich dann am Abend des 3.5. ca. 100 Menschen aus verschiedenen linken Zusammenhängen in der Halle ein. Das Spektrum reichte von autonomen und antirassistischen Gruppen bis zu sehr vielen spontan erschienen StudentInnen und SchülerInnen. Als Kanther mit der lokalen CDU-Prominenz dann kurz nach 20 Uhr die Halle betrat, wurde er direkt mit dem Unmut eines drittels der BesucherInnen konfrontiert, indem der eifrige Applaus in einem lautstarken Pfeifkonzert unterging. Parolen wie:
Deutsche Waffen raus aus Kurdistan!!
Abschiebehaft ist Folter Abschiebung ist Mord; Bleiberecht für alle jetzt sofort!!
Gegen das Europa der Bullen und Bonzen für eine Welt der Revolution!!
Kanther zu Strauß, Rassisten raus!!
legten das Motto des Abends neu fest. Kanther versuchte erst gar nicht mehr seine Vorbereitete Hetzrede zur"Sicherheit in Deutschland" vorzutragen, vielmehr bemühte er sich mit dümmlichen Floskeln und rassistischer Hetze zu retten, was noch zu retten war. Nach 30 Minuten wurde die auf drei Stunden angesetzte Veranstaltung abgebrochen und, begleitet von Parolen verließ Kanther unter Polizeischutz über einen Nebenausgang die Halle .Es kam weder zu Polizeiübergriffen noch zu Festnahmen. Nach diesem gelungenen Wahlk(r)ampf-Auftakt erwarten wir optimistisch das weitere "Super-Wahljahr-94" in Trier und anderswo.

„Symbole aus einer versunkenen Welt": Minister Manfred Kanther zeigt den Störenfrieden mit sozialistischem Gruß die kalte Schulter.

Trier: Kanther von Autonomen niedergebuht

TRIER. *(rm.)* Nur rund 30 Minuten dauerte gestern abend eine CDU-Wahlkampfveranstaltung mit Bundesinnenminister Manfred Kanther in der Trierer Europahalle. Etwa 100, teilweise mit Trillerpfeifen bewaffnete Autonome erzwangen mit permanenten lautstarken Störmanövern den Abbruch des Abends unter dem Thema „Sicherheit in Deutschland". Kanther wertete die Aktionen der, wie er sagte, „Brüllaffen" als Beweis für die Richtigkeit des Anliegens der Union, die Bundesrepublik „wieder sicherer machen" zu wollen. Triers CDU-Chef Christoph Böhr verglich die Methoden der Randalierer mit denen von SS und SA: „300 Leute werden hier terrorisiert von einer kleinen Bande. So hat es 1933 auch angefangen."
„Sowas habe ich seit Ende der 60er Jahre nicht mehr erlebt", resümierte Kanther nach seinem Kurzauftritt. Von Frustation keine Spur: „Diese Leute haben sich einen Bärendienst erwiesen. Sie haben nur noch nicht begriffen, daß sie außerhalb ihrer engen Grenzen keine Resonanz mehr finden."
Zuvor war vor der Europahalle eine von der Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden organisierte Demo („Wer Kurden abschiebt, foltert mit") störungsfrei verlaufen. Die AGF distanzierte sich vom Vorgehen der Autonomen.



Auch dieser Porsche in der Kreuzbergstraße wurde Opfer der Brandserie. In der Friedelstraße und am Reuterplatz standen ein Jaguar und ein Corvette in Flammen, in der Belziger Straße brannten ein Daimler-Benz, ein Jaguar und ein Porsche. Unbekannte hatten in der Nacht zum Montag insgesamt neun Luxus-Autos abgefackelt. Die Polizei schätzt den Schaden auf mehrere hunderttausend Mark. Foto: Janus

Neun Nobelkarossen brannten in einer Nacht

Staatsschutz vermutet Täter in der linksextremistischen Szene

Neun Autos der Luxusklasse wurden in der Nacht zu gestern bei Brandanschlägen in Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg teilweise völlig zerstört. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

„Das war'n doch bestimmt wieder diese Chaoten." Der Müllmann in der Kreuzbergstraße, der mit seinem schnellen Verdacht die Kreuzberger Gruppe Klasse gegen Klasse (KgK) meint, ist sich sicher: Die Serie von Brandanschlägen in der Nacht zu gestern auf Autos, „die sich Unsereins nicht leisten kann" – wie er sagt – sind kein Zufall. Zwischen 0.10 Uhr und 0.30 Uhr brannten in Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg gleich neun Fahrzeuge mit klanghaften Namen: Jaguar, Chevrolet (Modell Corvette), Pontiac, BMW, Daimler-Benz und mehrfach dabei – Porsche. Drei weitere Autos, die in der Nähe der Brandwagen standen, wurden durch übergreifende Flammen stark beschädigt. Der Staatsschutz geht nach Angaben der Polizei davon aus, daß es sich bei den Tätern um Linksextremisten handelt. Hinweise, daß Fahrzeuge bestimmter Personen betroffen waren, gibt es nicht.

In der Urbanstraße blieb nur noch ein großer schwarzer Fleck am Straßenrand zurück. Das Autowrack ist längst abtransportiert worden. Anders in der Kreuzbergstraße. Gleich zweimal schlugen die Täter kurz nach Mitternacht, schräg gegenüber der Villa Kreuzberg, zu. Neugierige Passanten musterten gestern den roten und schwarzen Porsche – beide mit Berliner Nummer –, diskutierten und schüttelten den Kopf. Besonders schlimm hat es den roten erwischt. „Woll'n die etwa, daß alle wieder Trabi fahren? Vielleicht hat der Fahrer lange gespart und sein letztes Geld für so'n Schlitten gegeben", regte sich jemand auf.

„Normalerweise steh'n hier gar nicht solche teuren Autos rum", versicherte Barbara S., eine Anwohnerin. Gesehen und gehört habe sie in der Nacht nichts. Auch der Taxifahrer, der an seinem freien Tag seine Molle in der Eckkneipe trank, hat nichts bemerkt. „Sowas passiert doch hier in der Gegend ständig."

Die Polizei sucht zur Zeit einen Mann, der im Bereich der Sonnenallee an einer Tankstelle eine kleinere Menge Benzin gekauft hat. Ihre Ermittlungen richten sich vor allem auf verdächtige Personen, die in der fraglichen Zeit an Tankstellen in Tatortnähe Benzin in Kanister abgefüllt haben oder aber in der Nähe der Tatorte an den Fahrzeugen beobachtet wurden. Mit Lautsprecherdurchsagen wurde gestern die Bevölkerung um Mithilfe aufgefordert. Hinweise nehmen d...

Wer kennt die auf dem Phantombild abgebildete Person? Der Mann hat nach Angaben der Polizei in der Tatnacht eine kleinere Menge Benzin an einer Tankstelle im Bereich der Sonnenallee gekauft, möglicherweise für Brandsätze. Foto: Polizei

Demagogentreff

Jörg Haider und Manfred Brunner wurden in Hamburg ausgepfiffen

AUF EINER Wahlveranstaltung des Bundes Freier Bürger (BFB), zu der dessen Gründer Manfred Brunner auch den FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider eingeladen hatte, wurden am gestrigen Mittag mehrere Gegendemonstranten festgenommen. Brunner begründete seine Einladung damit, daß es in der bundesdeutschen Parteienlandschaft niemanden gäbe, der es wagen würde, die europakritischen Positionen seiner »DM-Partei« zu unterstützen. Haider, der heute darauf verzichtete, Hitlers Arbeitsbeschaffungprogramme lobend zu erwähnen, beschränkte sich, soweit vernehmbar, auf rechtspopulistische Bürokratie-Kritik und forderte eine Europäische Union freier, selbstbestimmter Bürger. Die Redner der Veranstaltung, die etwa zu gleichen Teilen von Einsatzkräften der Polizei, »Sicherheitskräften« der Veranstalter und Gegendemonstranten besucht war, gingen weitgehend im gellenden Pfeifkonzert der Gegendemonstranten unter.

Haider, der das Rednerpult nur im Schutz eines großflächigen Regenschirms betreten konnte, bedankte sich am Ende seiner Rede in aller Ausführlichkeit bei der Polizei und den Sicherheitskräften. Deren Einsatzleitung konnte am Ende der Veranstaltung noch keine genauen Angaben über die Anzahl der Festgenommenen und Verletzten machen. Vier Festnahmen gab es jedoch mindestens. Die Zahl der Verletzten dürfte ebenso hoch sein, da die Festnahmen fast immer mit dem Einsatz der chemischen Keule eingeleitet wurden. Da alle Festnahmen von Personen in Zivil durchgeführt und dann von uniformierten Beamten übernommen wurden, kann auch hier der Einsatz von Sicherheitskräften des Veranstalters nicht ausgeschlossen werden.

Brunner tritt mit dem Bund Freier Bürger auch bei der Europawahl an und ist mit seinen Werbespots auf den öffentlich-rechtlichen Kanälen präsent.

Frank Sträter, Hamburg

DIE FREIHEIT SCHAFFT SICH EINE TAKTIK DER REVOLTE





Eines der drei ausgebrannten Baufahrzeuge nach dem Anschlag an der geplanten Ostsee-Autobahn. Foto: dpa

Brandanschlag an der A 20

Umweltschützer distanzieren sich von der Gewalttat

Schwerin/Wismar. dpa Bei einem Brandanschlag auf die Baustelle der Ostsee-Autobahn südlich von Wismar in Mecklenburg ist Sachschaden in Höhe von einer Million Mark entstanden.

Unbekannte setzten in der Nacht zum Donnerstag mit einem Brandbeschleuniger drei Baufahrzeuge in Flammen, berichtete der stellvertretende Leiter der Schweriner Polizeidirektion gestern. Erst am Mittwoch war das Autobahn-Projekt offiziell mit den Vorbereitungen für die Talbrücke begonnen worden. Proteste von Umweltschützern hatten den ersten Rammschlag begleitet, den Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) per Knopfdruck auslöste. Landespolitiker und Umweltschutzverbände verurteilten den Anschlag einhellig. Der Sprecher des BUND-Landesverbandes sagte, derartige Gewaltakte seien eine völlig ungeeignete Aktionsform, um gegen das umstrittene Verkehrsprojekt anzugehen.

ZAHLEN & FAKTEN

- **21. Mai 1992:** Drei Tage vor den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen brennen in Neukölln und Kreuzberg die Autos des Bürgermeisters Buschkowski und des damaligen Bürgermeister-Kandidaten Strieder.
- **18. Oktober 1993:** Im Kreuzberger Nobellokal „Auerbach" explodiert eine Handgranate.

20köpfige Schlägertruppe überfiel am Sonntag ein besetztes Haus in Berlin

Brutale Räumung

SONNTAGMORGEN, Rigaer Straße 80 in Berlin-Friedrichshain. Alles schläft noch, bis auf einige, die hier nicht hin gehören. Gegen 5.30 dringen fünfzehn bis zwanzig Vermummte in das besetzte Haus ein. In zwei Gruppen kommen sie gleichzeitig über das Dach und durch die Haustür. Ihr Anliegen brüllen sie kurz und knapp in die Treppenhäuser: »Raus hier!« Die mit Schlagwaffen und Funkgeräten ausgerüsteten »Besucher« brachen einige Zimmer auf und zerschlugen reihenweise Einrichtungsgegenstände, während an den Straßenecken weitere fünf Leute Schmiere standen.

Etwa zehn von den Bewohnern, die durch den Lärm geweckt werden, versuchen, die Eindringlinge zu stoppen. »Wir schnappten uns, was grade rumlag, konnten aber nichts machen. Die haben uns völlig überrascht. Als sie eine Gasbombe zwischen uns schmissen, konnten wir nur noch sehen, daß wir heil wegkommen«, erinnert sich einer der Überfallenen. Ein Bewohner liegt seither mit Gehirnerschütterung und Schädelriß im Krankenhaus.

Nachdem der Schlägertrupp wenigen Minuten darauf das Haus verläßt, können die Besetzer einen der Vermummten festhalten und gemeinsam der Polizei übergeben. Die sechs anrückenden Beamten lassen sich immerhin 45 Minuten Zeit, um zu erscheinen, und wirken am Ort des Geschehens eher desinteressiert. Der festgehaltene junge Mann, der ebenfalls Verletzungen davontrug und sich seinen nötigen Krankenhausaufenthalt redlich verdiente, sagt aus, daß die auffällig gut organisierte Aktion vom Besitzer des Hauses initiiert und bezahlt wurde.

Herr Schulz vom zuständigen Polizeirevier in der Friedensstraße wollte sich gegenüber jW nicht zu dem Vorfall äußern.

Daß Berliner Hauseigentümer in der Regel am Hungertuch nagen und zu den unschönsten Mitteln greifen müssen, um ihren kargen Besitz halbwegs zu sichern, ist nicht neu. Die manipulierte Gasleitung in Miethäusern dürfte sogar Kurierlesern noch in bester Erinnerung sein. In der Dunckerstraße 14/15 im Prenzlauer Berg wurde vor einiger Zeit drei mal in zwei Wochen Feuer gelegt. Von wem, ist bis heute nicht geklärt. Letztes Jahr im Oktober drang ein Bautrupp in Terminator-Manier in die Kastanienallee 77 ein – auf Weisung des Besitzers. Die Tür wurde damals mit einer Kettensäge geöffnet. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Herr Hans-Dieter Rosemann, der das Haus Rigaer Straße 80 erst vor kurzem gekauft hat, aber nach eigenen Angaben noch nicht im Grundbuch eingetragen ist, vermutet gegenüber der jW lediglich einen szene-internen Kleinkrieg.

Detlef Richter



Der schöne Schein trügt – schlechte Zeiten für Besetzer Foto: Gabriele Senft

Autonome planten „filmreifen Besuch"

■ Wuppertal – Die Polizei hat in Wuppertal für kurze Zeit elf Mitglieder der autonomen Szene festgenommen, die einem Beamten der Staatsschutzabteilung einen „filmreifen Besuch" abstatten wollten. Die Aktion war in der Autonomen-Zeitung „Zeitzünder" abgekündigt worden. Als die Autonomen am Freitag bei der Wohnung auftauchten, griff die Polizei zu.

Brandanschläge auf Nobelkarossen

Berlin. fh

Eine Serie von Brandanschlägen auf Autos in Kreuzberg, Neukölln und Schöneberg, die in der Nacht zu gestern einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursachte, beschäftigt den Staatsschutz der Berliner Polizei. Obwohl das Motiv noch unklar ist, gehen die Ermittler davon aus, daß die Täter in der linksextremistischen Szene zu suchen sind. Die Vermutung wird damit begründet, daß ausschließlich Luxus-Karossen, darunter Jaguar und Porsche, in Brand gesetzt worden sind. Der Polizeipräsident setzte inzwischen eine Belohnung von 5 000 Mark für Hinweise aus, die zur Aufklärung führen.

Rinderwahnsinn: Dritter deutscher Fall

● **21. Oktober 1993:** An der Fensterfront des italienischen Feinkostladens „Alimentari & Vini" in der Skalitzer Straße wird ein selbstgebauter Sprengsatz gezündet.

● **2. Februar 1994:** In der Zehlendorfer Schorlemerallee brennen zwei Porsche-Cabrios aus. Eines der Autos gehört dem Architekten Marcus M..

GSG 9-Überfall

An der Saar wurde der Ernstfall geprobt. Ziel der martialischen Aktion war ein Kurdisches Kulturzentrum

SAARBRÜCKEN. »Sie stießen so merkwürdige Schreie aus. Wir dachten zuerst an einen Überfall von Skinheads.« So kommentierte noch Stunden später ein Kurde die Aktion der Grenzschutzgruppe 9 (GSG) in Saarbrükken. Am Samstagvormittag stürmte eine Hundertschaft der GSG 9 unter Schlagstockeinsatz und mit gezogenen Maschinenpistolen die Räume des Kurdischen Kulturvereins in Saarbrücken. Über sechzig Kurden und Kurdinnen wurden auf der Stelle verhaftet. Auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) suchte man nach »führenden Funktionären« der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die überraschende Aktion, bei der auch Teile der Saarbrücker Innenstadt abgesperrt worden waren, wurde auf alle Räume des Kurdischen Kulturzentrums ausgedehnt.

Auch Menschen außerhalb des Kulturzentrums, die offenbar »kurdisch« aussahen, wurden festgenommen, darunter auch ein Franzose und ein Palästinenser. Das allen gemeinsame Merkmal: dunkle Haare. Auf jedem Kurden – alle mußten sich mit den Händen auf dem Rücken und dem Gesicht nach unten auf den Boden legen – knieten zwei GSG 9-Beamte. Daß für einen verletzten Kurden sogar der Notarzt gerufen werden mußte, kommentierte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in einem Rundfunkinterview mit »vorsorglicher ärztlicher Untersuchung«. Zum Zeitpunkt der Polizeiaktion trafen sich Kurden aus mehreren Städten im Südwesten der BRD in Saarbrücken. Das Treffen war bereits wochenlang öffentlich angekündigt worden. Der Trägerverein, der rund 15 Projekte, die in dem Kulturzentrum untergebracht sind, betreut, bezeichnete die Aktion als einen »paramilitärisch inszenierten Überfall auf selbstorganisierte Strukturen kurdischer Menschen«.

Die Stiefel fest geschnürt, schreiten sie zur Tat · Photo: Sepp Spiegl



Nach dem Einsatz verschwand die vermummte GSG 9-Einheit. Die 64 Verhafteten wurden von der BAW in den Räumen der saarländischen Polizei bis in die Abendstunden hinein verhört und danach bis auf eine Ausnahme wieder freigelassen. Eine aus Belgien angereiste Kurdin wurde wegen ihres illegalen Aufenthalts in der Bundesrepublik in Abschiebehaft genommen.

Die angebliche Suche nach Mitgliedern der kurdischen Arbeiterpartei PKK stellt eine »beliebig erweiterbare Konstruktion dar, mit der jede Repressionsmaßnahme gerechtfertigt werden kann«, heißt es in einer Pressemitteilung der »Aktion 3. Welt Saar«. Ziel sei die Kriminalisierung von politisch aktiven Kurden. Die »Aktion 3. Welt Saar« hatte gemeinsam mit dem »Antirassistischen Notruftelefon Saarbrükken« und dem Kurdischen Kulturverein zu einer Demonstration durch Saarbrücken aufgerufen. Über 300 Menschen folgten binnen drei Stunden dem Aufruf. *Roland Röder*

Brutaler Polizeieinsatz

■ SEK-Einheit überfiel autonome Satiriker

Wuppertal (taz) – Die elf Gestalten näherten sich der Wuppertaler Heimstätte des Staatsschützers einschlägig gekleidet: Schlapphüte, Trenchcoats, die Gesichter versteckt hinter dunklen Sonnenbrillen, so zog die Observantengruppe, schwer bewaffnet mit Flugblättern, unter den Augen der Polizei am Freitag abend zum Objekt der Begierde. Ein Stück „autonomes Straßentheater", eine „Gegenobservation" mit abruptem Ende. Dafür sorgte eine SEK-Sondertruppe, die die autonomen Schlapphüte vor dem Haus des Wuppertaler Staatsschützers Stürmer gar nicht lustig fand. Auf die „Gegenobservanten" knüppelte die Staatsmacht derart brutal ein, daß zwei von ihnen noch heute mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus liegen.

Von Satire, so rechtfertigte der Wuppertaler Polizeisprecher Schulte gegenüber der taz den Einsatz, könne keine Rede sein. Nachdem die „Gegenobservanten" laut skandiert hätten, „Stürmer, wir holen dich" – die Autonomen bestreiten diese Polizeidarstellung –, sei es an der Polizei gewesen, ein „Stoppzeichen zu setzen". Der Beamte sei schon wiederholt „bedroht und belästigt" worden, und die Szene-Zeitschrift *Zeitzünder* habe zuvor angekündigt, gegen ihn „im privaten Bereich gezielt vorzugehen". Hochdramatisch hörte sich die Polizeiversion bei Radio NRW an: Die festgenommenen Personen hätten zuvor „gedroht, zwei Polizeibeamte zu ermorden". Tatsächlich war im *Zeitzünder* ein „Schnüffler-Aktionstag" (dokumentiert per Video) angekündigt worden. Eine „Gegenobservation namhafter Staatsschutzschnüffler" durch „unsere Kräfte in Trenchcoats und in schnellen Zivilfahrzeugen". Weiter hieß es: „Die Nachbarn werden ausgefragt, die EhegattInnen angeworben, die Haustiere entführt und vieles mehr." Den so angekündigten „Mordanschlag" konnte das vermummte SEK-Kommando gerade noch verhindern... **W. Jak**

Aufruf:

Keine nationalistische Einheitsfeier am 3.10.94 in Bremen

1994: das 4. Jahr der Einverleibung der DDR durch die BRD. 1994: das "Superwahljahr". 1994: das Jahr der streiklosen Lohnsenkungen. 1994: das Jahr der abgeschotteten Grenzen. 1994: das Jahr der Pflege der öffentlichen Kassen. 1994: das Jahr der Versicherung, daß Konzerngewinne weiter steigen. 1994: wieder ein Jahr von mehr als 218 Paragraphen und Sondergesetzen gegen Frauen. 1994: das Jahr, in dem in Deutschland Synagogen wieder brennen. 1994: das Jahr, in dem uns mal wieder alle den Aufschwung, den Standort Deutschland, das Blaue vom Himmel und vieles mehr versprechen. Und diese Versprechungen sollen auch noch ordentlich gefeiert werden: am 3. Oktober 94, dem Feiertag der Nation und das in diesem Jahr in Bremen.

Am 2. und 3. Oktober '94 wird sich die "creme de la creme" aus Politik und Wirtschaft in Bremen treffen und feierliche Reden schwingen wollen. Schließlich feiern sie nicht nur sich selbst, stellvertretend für die Nation natürlich - es ist auch noch Wahlkampfhochzeit in der Endphase: am 16. Oktober wollen sie sich wieder in den Bundestag und die Regierung kreuzen lassen.

Der Senat bastelt an einer Präsentation Bremens als "Ort der Kultur" für die "Weltöffentlichkeit" (Weser-Kurier 26.3.94) - die Arbeit soll gemacht werden von kulturellen Einrichtungen, denen er gerade das Geld gestrichen hat, und er wird noch einiges mehr veranstalten wollen. Der neue Bundespräsident wandelt am 2. Oktober durch "Pariser Nächte" in der Kunsthalle (Weser-Kurier 9.4.94) und Geschäftsleute aus der Innenstadt basteln an - natürlich werbewirksamen - deutsch-nationalen Frohsinnsgenüßlichkeiten. In der Kongreßhalle wird ein Symposium "Deutsche Einheit" zelebriert werden ...

Und am 3. Oktober werden sie dann alle ihre Reden halten (wollen): vom "Aufschwung"; dem "alle in einem Boot"; von ihren "Erfolgen" (die sich zweifelsfrei an ihren Kontoständen ablesen lassen); von ihren "erfolgreichen Kämpfen gegen den Rechtsextremismus", weil viel weniger Flüchtlinge es geschafft haben, deutschen Boden zu betreten; von den "Erfolgen einer deutschen Armee", die wieder in aller Welt präsent ist und bald auch im inneren eingesetzt werden könnte; von der Festigung des "neuen" Standorts Deutschland:

- einem Standort, dessen Reichtum zum großen Teil durch Raub und Ausplünderung von Rohstoffen und Vernutzung von Arbeitskraft in den in Abhängigkeit gehaltenen Ländern der Welt angehäuft wird,
- einem Standort, in dem Banken und Konzerne nach sage und schreibe einem halben Jahr Flaute wieder 20 bis 30 % Umsatzzuwächse und entsprechende Gewinne einstreichen,
- einem Standort, in dem Gewerkschaftsführungen 2 % "Lohnerhöhungen" als Siege verkaufen wollen, die nichts als Lohnsenkungen sind und mit denen zugleich noch die bisher einheitlichen Tarife über Bord geworfen werden, weil Niedriglöhne für Neuanstellungen vereinbart wurden, und die wenigen besseren Frauenrechte der Ex-DDR inzwischen samt und sonders gestrichen wurden,
- einem Standort, in dem auch vier Jahre nach der angeblichen Einheit im Osten auf unbestimmte Zeit eine Niedriglohnzone erneut festgeschrieben wird,
- einem Standort, in dem die Kosten für Pflege, die durch krankmachende Arbeits- und Lebensbedingungen notwendig wurde, allein den abhängig Beschäftigten aufgebürdet werden,
- einem Standort, in dem Renten-, Sozialhilfe- und BaföG-Sätze sang- und klanglos nicht erhöht und damit in Zukunft und auf Dauer massiv gesenkt werden,
- einem Standort, der seine soziale Stabilität auch durch unbezahlte und ehrenamtliche Pflegearbeit von Frauen errichten läßt und sie bald in "freiwillige soziale Jahre" zwingen wird,
- einem Standort, in dem die Arbeitslosen verwaltet werden, ständigen Kürzungen, Zwangsarbeit und Ernteeinsätzen unterliegen, während die Arbeitsvermittlung gewinnträchtig Privatunternehmen überlassen wird,
- einem Standort, in dem Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten, sobald diese nicht mehr verwertbar sind, ausgegrenzt werden; Euthanasie immer offener diskutiert wird,
- einem Standort, in dem die gemeinsam politisch handelnden Menschen nichtdeutscher Herkunft ihrer Rechte auf Widerstand, Meinungsfreiheit, etc. beraubt sind und in die Gebiete ausgewiesen und abgeschoben werden, in denen Verfolgung, Folter und der Tod auf sie wartet,
- einem Standort, von dem aus aktiv Völkermord betrieben und unterstützt wird,
- einem Standort, in dem Menschen ohne nord- oder mittel-europäischem Paß an den Grenzen von Menschenjägern abgefangen, in Lager gesteckt und abgeschoben werden, wenn sie nicht in rechtlose Sklavenarbeit oder (für Frauen) in "Leibeigenschaft" von Zuhältern oder Ehemännern gezwungen werden,
- einem Standort, in dem faschistische Angriffe nicht weniger werden, aber von den Medien nicht mehr an die große Glocke gehängt werden,
- einem Standort, in dem alle Konzerne und Arbeitgeberverbände nach "weniger Staat" rufen, aber eben diese nach
- einem Standort schreien, der unbegrenzte staatliche Subventionen garantiert und Gesetze schafft, die soziale Rechte einschränken und der polizeilichen und notfalls militärischen Schutz gegen jede Opposition garantiert.

Von all dem, und noch einigem mehr, wird die politische Führungsriege am 3. Oktober reden - es wird sich nur alles ganz, ganz anders anhören: schließlich wollen sie uns weißmachen, daß sie die Besten für unsere Zukunft sind - auch wenn sie eingestehen (im Gegensatz zum 3. Oktober 1990, als Kohl versprach: "Niemandem wird es schlechter gehen"), daß "Einzelne kurzfristig durchaus negative Folgen hinzunehmen haben".
Das hätten sie nämlich am liebsten, daß wir es so sehen: daß die in irgendeiner Weise von diesen Maßnahmen Betroffenen, die zusammen die Mehrheit sind, sich als "Einzelne" fühlen, damit die Konkurrenz weiter blühen kann, die den sozialen Frieden fürs Kapital sichern soll: gegen Frauen, gegen AusländerInnen hier, gegen, gegen, gegen .... und erst recht gegen die Menschen im Süden und Osten dieser Welt, gegen soziale und Befreiungs-Bewegungen in anderen Weltregionen, damit deutsches Kapital Arbeitskräfte und Rohstoffe kassieren kann, deutsches Militär dafür marschieren kann, deutsche Männer Sexmacht austoben oder deutsche Touristen Sonnenschein und "ursprüngliches Leben" in 3-Wochen-Rationen zugeteilt bekommen können ...

Das wird anders werden, wenn die vielen Betroffenen darauf vertrauen können, daß sie keineswegs "Einzelne" sind, daß sie nicht alleine sind, daß alle diese Maßnahmen ein Kampf von "oben gegen unten" sind, gegen den sich "unten" durchaus was regt:

- nicht nur wegen einzelner Betriebsschließungen, Kürzungen am einzelnen sozialen oder kulturellen Projekt,
- nicht nur wegen individueller Arbeitsbedingungen,
- nicht nur wegen einzelner Mietstreitigkeiten,
- nicht nur wegen einzelner sozialer Kürzungsmaßnahmen,
- nicht nur wegen einzelner Baumaßnahmen mit katastrophalen ökologischen Folgen,
- nicht nur wegen rassistischer und gentechnologischer Bevölkerungspolitik und Humangenetik,
- nicht nur wegen umweltvernichtender Technologien der Bio-, Gen- oder Atomindustrie,
- nicht nur wegen zunehmender Militarisierung nach innen und außen,
- nicht nur wegen des Vergessens der Lebenserfahrungen der Menschen in der ehemaligen DDR,
- nicht nur wegen einzelner faschistischer Angriffe, Morde und Organisationen,
- nicht nur wegen einzelner Lohnkürzungen, Herabsetzungen und Streichungen von Leistungen, Zwangsarbeit und repressiver Sozialpolitik ...

daß sich gemeinsamer, entschiedener Widerstand entwickeln kann,

- nicht nur von antifaschistischen oder internationalistischen Gruppen,
- nicht nur von feministischen Gruppen,
- nicht nur von MigrantInnen,
- nicht nur von MieterInnen- oder Elterninitiativen,
- nicht nur von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen,
- nicht nur von auf Abschußlisten stehenden Lohnarbeitenden,
- nicht nur von Schwulen und Lesben,
- nicht nur von einzelnen politischen und sozialen Gefangenen,
- oder nicht nur von diesem oder jener von einem "besonderen" Ausgrenzungs- oder Ausbeutungsverhältnis gerade Betroffenen,

und daß Widerstand gegen Vergewaltigungen, Mißhandlungen und sexuelle Ausbeutung möglich ist.

Dann nämlich stellt sich auch für die Wahl am 16. Oktober - nicht mehr die Frage nach dem "kleineren Übel" und schon gar nicht die Frage, ob es am 3. Oktober, dem neuen großdeutschen Tag, etwas zum Jubeln und Feiern gibt.
Dann wird deutlich werden, daß es mit dem Wissen um den umfassenden Angriff von oben ein solidarisches Miteinander in den einzelnen Auseinandersetzungen "unten" geben kann;

- daß ein erfolgreiches Vorgehen an einem Punkt auch die Chancen für andere Bereiche verbessert;
- daß wir ein Widerstands- und Selbstverteidigungsrecht in Anspruch nehmen können;
- daß wir Wege suchen müssen und finden können, die einzelnen Kämpfe und Auseinandersetzungen zusammen-zu-führen und
- daß rot-grüne, blaugelb-schwarze und braune Parteien und Koalitionen dem nur entgegenstehen;
- daß wir den Widerstand hier solidarisch verbinden können mit den Kämpfen der sozialen und Befreiungsbewegungen in der Welt;
- daß Nationalismus, Sexismus, Rassismus und Militarismus darin keinen Platz haben können

und die Jubelfeier am 3. Oktober förmlich danach schreit, Protest und Widerstand zu ernten.

Wir rufen deshalb in Bremen auf zu einer Kampagne für den September 94: Sorgen wir gemeinsam dafür - durch vielfältigste Aktionen und Aktivitäten, auf den Straßen und in Veranstaltungsräumen, auf Versammlungen und Festen, mit Flugblättern und Transparenten, durch Diskussionen und Theater und vieles andere mehr - daß das nationalistische Einheitspalaver übertönt wird durch die Stimmen von "unten", die die Verantwortlichen für diese Zustände verantwortlich machen. Wehren wir uns gegen soziale, rassistische und sexistische Spaltungen, gegen nationalistischen Einheits- und Wahlkampfrummel, gegen faschistische Wahlpropaganda.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration am 3.10.94, die all das zusammenfaßt und den Protest und Widerstand an den Ort der nationalistischen Jubelfeier trägt.

bundesweites Vorbereitungstreffen: 25. Juni 94, 11.oo Uhr

Frauenkulturprojekt - besetztes Haus, Buntentorsteinweg 372, Bremen

Bündnistreffen "Keine nationalistische Einheitsfeier am 3.10." **Bremen, 17.5.94**

Kontakt über: Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38, 28203 Bremen, Tel: 0421-706444, Fax: 706445
(für weitere Nachfragen und möglichst Anmeldung zum Treffen, wg. Essen und ggf. Schlafplätzen)
für Öffentlichkeitsarbeit benötigen wir dringend Spenden:
Weber, Sonderkonto 3.10, Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01), Kto-Nr.: 1156 2329

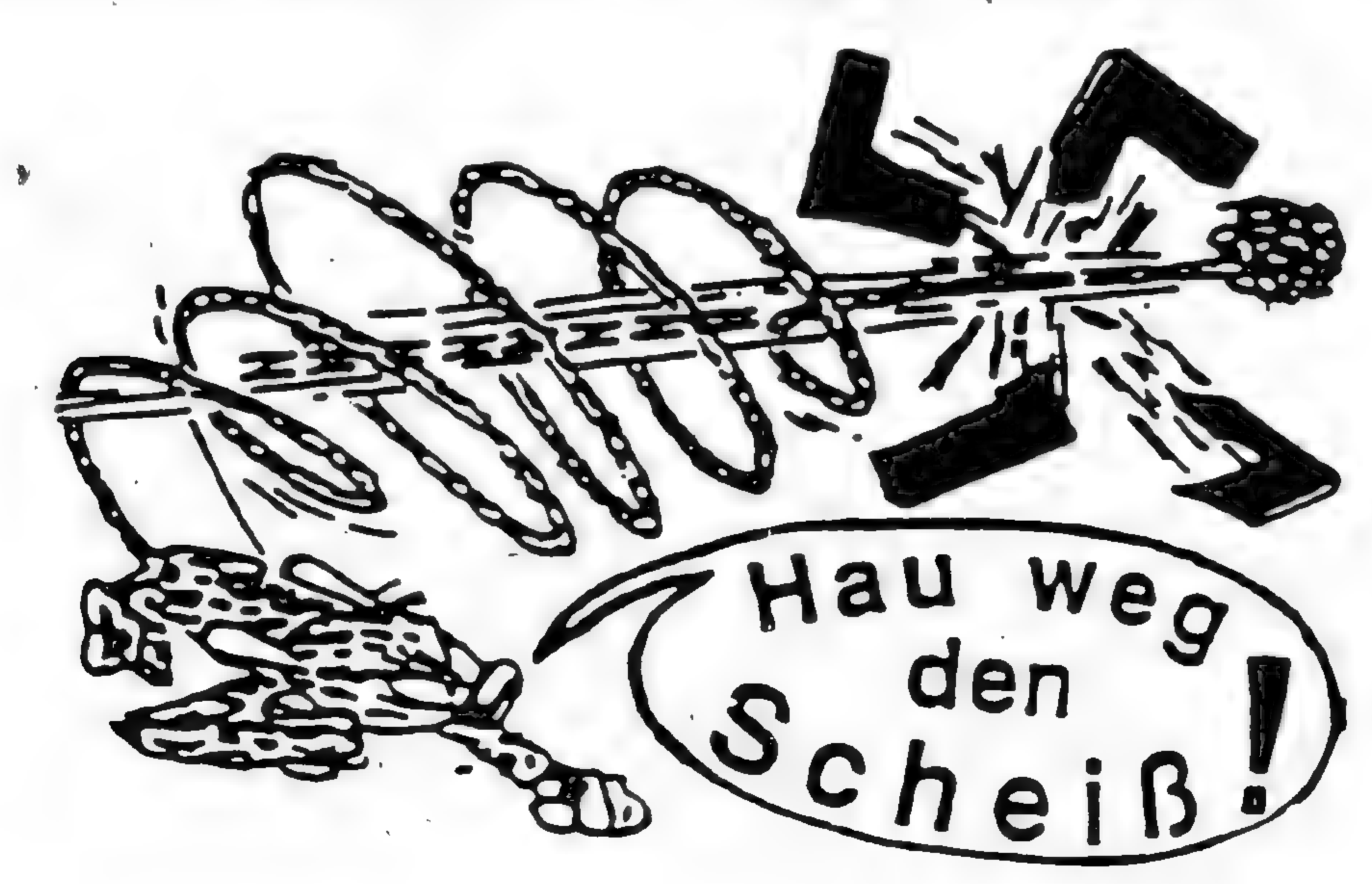
ANGRIFF AUF KINDERBAUERNHOF UND WAGENBURG

Gestern, am Dienstag, den 24.5.1994 brannten zwei Wagen auf dem Gelände des Kinderbauernhofes und der Wagenburg am Bethaniendamm, Ecke Adalbertstraße ab. Als Ursache wurde Brandstiftung ermittelt. Fünf Stunden vor Ausbruch des Feuers, etwa um 18^{30} Uhr wurden drei Männer und drei Frauen mit einem ungefähr 10 Tage alten Baby auf dem Kinderbauernhof gesehen. Zwei der drei Männer waren aufgrund ihres Äußeren eindeutig als Faschisten identifizierbar. Der eine ist ungefähr 1,75 m groß, hat blaue Augen und ein kantiges Gesicht und trug ein T-shirt mit einem faschistischen Aufdruck und einen Hakenkreuzohring. Der andere ist ungefähr 1,60 m groß und durch Narben auf der Stirn un am Mund deutlich zu erkennen. Von den Frauen wurde die Mutter des Babys erkannt als die Freundin von einem der drei Männer, die mit ihm zusammen wohnt. Sie wohnen seit zwei Monaten am Engeldamm 50, HH, im zweiten Stock. Kurze Zeit bevor sie den Kinderbauernhof betraten, hatte in ihrer Wohnung ein Treffen von ca. 15 FaschistInnen stattgefunden.
Um ca. 23^{30} fielen dann die Brandsätze auf die beiden, gerade zufällig leerstehenden, Wagen am Kinderbauernhof. Wir vermuten daher, daß es sich um eine geplante Aktion dieser FaschistInnen gehandelt hat.

Es ist nicht das erste Mal, daß Menschen in dieser Gegend von FaschistInnen angegriffen wurden. Menschen, die den faschistischen Schlägern und Mördern nicht passen, müssen wieder Angst haben in Deutschland. Längst gehören Anschläge auf AsylantInnenheime, Synagogen und jüdische Friedhöfe, Gedenkstätten und besetzte Häuser und Wagenburgen, Hetzjagden auf ImmigrantInnen und die Verfolgung von Obdachlosen, Behinderten, Punks, Lesben und Schwulen zum alltäglichen Geschehen in diesem Land. Auch Kreuzberg bildet da schon lange keine Ausnahme mehr. Vor drei Wochen brannten drei Wägen auf der Eastside Gallery aus. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden, da sich zufällig gerade niemand in den Wagen aufgehalten hatte und das Feuer gelöscht werden konnte, bevor es auf die anderen Wagen übergriff. Das nächste Mal könnte das anders sein. Deshalb darf es kein nächstes Mal geben!!!

Vertreiben wir die FaschistInnen aus unseren Kiezen und stoppen wir die Ausbreitung der faschistischen Ideologie! Machen wir unseren Kiez zu einem Bezirk, in dem sich alle ohne Angst vor Angriffen bewegen können!

Bei faschistischen Übergriffen, bei Verbreitung rassistischer Hetze in Eurem Umfeld oder wenn FaschistInnen in Eure Häuser ziehen, meldet Euch beim Antifa-Infotelefon:
Antirassistisches Telefon: Berlin-Ost:7857281/Berlin-West:4269451
und Antifa-Infotelefon Berlin: 7865917 (Mittwoch 17-20 Uhr)





Aufruf

Am 19. und 26. Mai fand in dem von VietnamesInnen bewohnten ehemaligen VertragsarbeiterInnenwohnheim in der Havemannstr. 36 und 38 / Marzahn eine "Privatrazzia" des Heimleiters, Hr. Kretschmann, statt. Er verschaffte sich in Begleitung von Bediensteten der AR-WO-GE Zugang zu sämtlichen Wohnungen und stahl den BewohnerInnen Matratzen, Betten und Elektrogeräte.

Das Wohnheim in der Havemannstr. besteht aus drei Aufgängen, Nr. 34, 36 und 38, jeder Aufgang hat 44 Wohnungen. Die HauptmieterInnen dieser Wohnungen haben jeweils Einzelmietverträge mit der AR-WO-GE abgeschlossen. Sie bezahlen für eine 1-Raum-Wohnung über 600 DM, für eine 3-Raum-Wohnung 1200 DM und für eine 4-Raum-Wohnung knapp 1400 DM.

Die 11-stöckigen Gebäude verfügen über Fahrstühle, die jedoch seit fast 2 Jahren nach Dienstschluß der AR-WO-GE Bediensteten und an den Wochenenden in der Regel abgeschaltet werden. Seit 3 Monaten haben die BewohnerInnen kein warmes Wasser mehr. Sie gehen davon aus, daß kein technischer Defekt die Ursache ist, sondern, daß das Wasser schlicht abgestellt wurde. Seitdem müssen sie sich mit elektrischen Geräten ihr warmes Wasser zubereiten.

Die "Privatrazzia" fand folgendermaßen statt: zunächst wurde an den Wohnungstüren geklingelt. Waren Mieter nicht zuhause, wurden die Eingangstüren mit einem Zweitschlüssel geöffnet. Herr Kretschmann sah in den Unterlagen nach, wieviele Personen je Wohnung gemeldet sind. Jeder dieser Personen wurde eine Matratze oder ein Bett `zugestanden`, die `überzähligen` flogen in hohem Bogen über die Balkone in den Innenhof. Sie wurden auf einen bereitstehenden LKW verladen und später abtransportiert. Teilweise wurden vorhandene Betten abgebaut. Anschließend wurden sämtliche Schränke `kontrolliert` und Kochplatten, Tauchsieder und Heißwasserbereiter gestohlen. Keine/r der MieterInnen erhielt ein Protokoll über die gestohlenen Gegenstände. Am 26. Mai waren zusätzlich 2 Mannschaftswagen der AGA (polizeiliche Arbeitsgruppe Ausländerüberwachung) im Außenbereich im Einsatz.

Wir bitten euch, jede Menge Matratzen bei uns vorbeizubringen. Wir sammeln diese bis zum Wochenende 11./12.6. und werden sie dann mit hoffentlich vielen Menschen den HeimbewohnerInnen übergeben. Den Termin geben wir noch bekannt. Funktionsfähige Elektrogeräte sind auch willkommen.

Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, 10965 Berlin (HH 3.OG)
Bürozeiten: Mo 17 - 21.00 Uhr
Di 16 - 19.00 Uhr
Fr 14.30 - 17.30 Uhr

Rassistischer Polizeiüberfall auf Roma in Bochum

Was heute vor einer Woche, am sogenannten "Vatertag", in Bochum Rienke passierte, sorgte nicht umsonst für Schlagzeilen in der WAZ Stellen Sie sich vor

Donnerstag, 12 Mai, gegen 17 Uhr in der Verkehrsstraße Die Familie Jovanovic sitzt vor den Haus und feiert Es wird gegessen und getrunken, andere Roma-Familien sind zu Besuch. Eine alltägliche Situation.

Plötzlich fahren zwei Polizeifahrzeuge vor und verlangen die Personalien von einem der Bruder Jovanovic Der Mann fragt nach dem Grund, sagt, daß er nichts getan habe und die Beamten ihn doch sowieso von früheren Kontrollen kennen Die Folge. Er wird in Handschellen gelegt und im Wurgegriff zum Polizeiwagen gebracht. Seine beiden Bruder mischen sich ein, es kommt zu einem Handgemenge Es gibt Geschrei, die anderen Roma laufen hinzu, beschranken sich aber auf's Zuschauen.

Wenige Minuten später erscheinen unter Sirenengeheul mehr als 30 weitere Polizeifahrzeuge Zwei der Bruder Jovanovic werden unter Schlägen und Prugeln in die Wagen gezerrt. Der dritte, Ilija Jovanovic, ist in die Wohnung gelaufen, wo sich seine einjährigen Zwillige und zwei ältere Kinder aufhalten. "Den holen wir uns jetzt", außert ein Polizeibeamter, zieht den Schlagstock und stürmt mit 5 oder sechs Kollegen die Treppe herauf. Die Wohnungstür wird eingetreten, die Kinder suchen in der Kuche Schutz, Ilija Jovanovic wird im Wohnzimmer brutal zusammengeschlagen, mit Knuppeln und Fußtritten ins Gesicht bis zur Bewußtlosigkeit traktiert.



Ilija Ivanovic nach dem Polizeiüberfall

Danach schleifen die Beamten den blutüberströmten Mann aus dem Haus, legen seine schreiende und weinende Frau ebenfalls in Handketten und kommentieren ihren Einsatz mit Worten wie. "Ihr habt Gluck, daß wie nicht geschossen haben " Und." Wenn ich zu sagen hätte, säßet ihr längst alle im Flugzeug."

Die vier Gefangenen werde ins Polizeipräsidium an der Uhlandstraße transportiert, wo es weitere Prugel für die Männer gibt. Irgendwann kommt ein Polizeiarzt dazu, erkennt die schweren Verletzungen von Ilija Jovanovic und überweist ihn sofort ins Knappschaftskrankenhaus nach Langendreer Seine Brüder werden ebenfalls ärztlich behandelt und dann einfach nach Hause geschickt.

Wir kennen die Familie Jovanovic und andere Roma-Familien, die während des Polizeieinsatzes in der Verkehrsstraße anwesend waren, seit mehreren Jahren. Wir haben uns von ihnen und rund einem Dutzend weiterer Zeugen und Zeuginnen ausführlich und unabhängig voneinander schildern lassen, was passiert ist. Und - wir glauben ihren Aussagen!



Knüppelspuren auf dem Rücken

Danach ergibt sich das Bild eines brutalen, rassistisch motivierten Polizeiuberfalls, wie hier beschrieben Der blau-scharz geprugelte Rucken des Ilija Jovanovic, sein eingetretenes Gesicht und die Verletzungen seiner beiden Bruder sind ein schlagkräftiger Beweis dafur

Die gegenuber der Presse geäußerte Behautung eines Polizeisprechers, der Einsatz in der Verkehrsstraße hätte der Schlichtung eines Streites unter den Roma gedient, ist falsch. Wir wissen, daß es ein deutscher Anwohner war, der den Polizeieinsatz ausgelost hat. Ein Mann, dem die "Zigeuner" in der Verkehrsstraße seit langem ein Dorn sind und der - wie andere NachbarInnen auch - nicht zum ersten Mal die Polizei alarmierte, um den ungeliebten Flüchtlingen Arger zu bereiten

An dem fraglichen Donnerstag ging es um die zotige Äußerung einer der Brüder Jovanovic, durch die sich der deutsche Nachbar beleidigt und bemüßigte fühlte, die Polizei zu benachrichtigen Zu anderen Gelegenheiten waren es vergleichbar nichtige Anlässe, die den Roma-aufgrund der Kleinkarientheit und Gehassigkeit ordnungliebender BurgerInnen erhebliche Scherereien mit der Polizei einbrachten

"Wir sind aus Jugoslawien vor Krieg und Verfolgung geflohen", sagt einer der Brüder Jovanovic "Wir leben hier seit langer Zeit in Angst vor dem Ausländeramt und den Nazis. Und jetzt mussen wir auch noch Angst vor der Polizei haben."

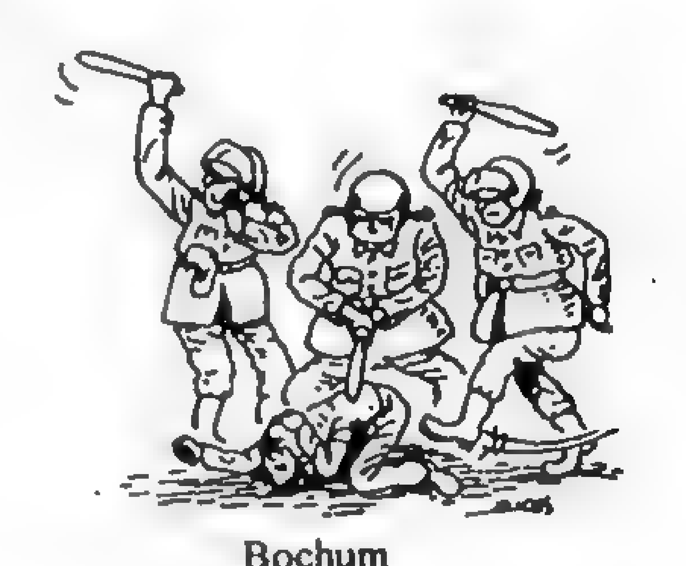
Aus gutem Grund, wie wir meinen Denn der brutale Polzeieinsatz in Bochum-Riemke ist kein Einzelfall Er reiht sich ein in das ausländerfeindliche Klima der wiedervereinten Nation un d in eine Vielzahl von Vorfallen, in denen Polizisten selbst Hand anlegten, um Ausländer zu vertreiben oder tatenlos zuschauten, wie Skin-Heads, organisierte Neonazis oder rassistische "Normalbürger" dieses schmutzige Handwerk übernahmen

Allein heute vor einer Woche, dem Tag der Männer, hetzten und prügelten Neonazis unter Beteiligung und Beifall vieler ZuschauerInnen ausländische Menschen quer durch Magdeburg. Die Polizei schaute stundenlang tatenlos zu. Genau wie in Herne, wo ebenfalls an "Vatertag" ein Flüchtlingswohnheim von mit Ketten und Knüppeln bewaffneten Schlägern überfallen wurde, ohne daß einer der Angreifer von den anwesenden Polizeikräften festgenommen wurde.

"Vatertag"



Magdeburg



Bochum

Wir fordern deshalb:

Öffentliche Aufklärung der Vorfälle in der Verkehrstraße!
Suspendierung der beteiligten Polizeibeamten!

Roma- UnterstützerInnen-Gruppe, Antifa-Cafe Bochum, Autonome Antifa, Harter Chor, Antirassistisches Plenum und andere.

Plenum und andere

WIR HÄTTEN DEM GANZEN VORBEUGEN KÖNNEN...

Potsdamer AntifaschistInnen sprachen in Magdeburg mit Menschen aus der Antifa über die Hintergründe der faschistischen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag, über die Reaktionen des Staates und über Ansatzpunkte der Antifaarbeit.

FRAGE: Waren die Ausschreitungen vorhersehbar?
ANTWORT: Bis zu einem gewissen Grad schon. Im Vorfeld des Himmelfahrtstages gab es immer wieder Provokationen und auch Angriffe von rechten Hooligans gegenüber Punks und AntifaschistInnen. Und es kam die konkrete Drohung :"...am Vatertag brennt hier die Luft". Was der VS wußte, darüber können wir nur spekulieren.

FRAGE: Über die bürgerlichen Medien wurde vorallem der Eindruck vermittelt, daß diese Jagd auf ausländische Menschen ein "Vatertagsjoke" von betrunkenen Jugendlichen gewesen sei...
ANTWORT: Dem war mitnichten so. An den Ausschreitungen waren in starken Maße ältere, uns aus der rechten Szene bekannte Hooligans und Faschos beteiligt. Die hatten ein paar Tage vorher ein Zeltlager an einem See unweit von Magdeburg veranstaltet und waren an diesem Tag bestimmt nicht aus Zufall an einem ihrer Treffpunkte in der Innenstadt. Diese zogen dann den betrunkenen Mob natürlich wie die Motten zum Licht. Das es zwischen den Faschos Absprachen gab, war unschwer daran zu erkennen, daß Hooligans Aktionskommandos ausgaben.

FRAGE: Ist denn aus Eurer Sicht ein Kader- bzw. parteiorganisatorischer Hintergrund erkennbar?
ANTWORT: Das ist schwer zu beantworten. In letzter Zeit hat die FAP verschiedentlich versucht in einem Neubaugebiet (Magdeburg - Nord) den Fuß in die Tür zu kriegen. Meist durch Flugblattaktionen in Hausbriefkästen und durch Ansprechen von Jugendlichen aus der dortigen rechten Szene. Direkte Beweise für Drahtzieher mit Parteihintergrund gibt es nicht. Aber an dem bewußten Tag fuhren durch Magdeburg mehrere Autos mit niedersächsischem Kennzeichen und CB -Funk an Bord. Dort gilt es aber nochmal nachzuforschen.

FRAGE: Wie seht ihr die Rolle der Staatsmacht an diesem Tag?
Antwort: Sie ist ihrer Aufgabe in keinster Weise nachgekommen. Weder die Polzei noch die Staatsanwaltschaft. Die Polizei kam zu spät und ließ den rechten Mob dann noch gewähren. Unter den 49 Festgenommenen waren vorallem ausländische Menschen die sich gewehrt hatten. Während die AusländerInnen in U-Haft blieben, wurden die Faschos wieder freigelassen. Die Staatsmacht zeigte ihre Stärke dann am nächsten Tag, als AntifaschistInnen demonstrierten.

FRAGE: Habt ihr in die Abläufe am Donnerstag eingegriffen?
ANTWORT: Nur teilweise...Auch waren wir ein wenig überrascht, mit welcher Heftigkeit die Rechten zuschlugen. Im letzten Jahr hatten sich die Faschos eher ruhig verhalten. Aber wir hatten nicht genug Leute um die Hooligans vertreiben zu können. Wir wähnten uns ein bißchen in Sicherheit, viele von uns hatten vor dem Vatertagskram zurückgezogen. Wir hätten dem Ganzen schon besser vorbeugen können.

FRAGE: In den Medien wird Magdeburg jetzt in einer Reihe mit den Progromen in Rostock, Mölln und Solingen genannt. Wie wirkt das?
ANTWORT: Das ist ein wenig ungenau. Die Leute haben nicht Beifall geklatscht, und die Ereignisse zogen sich nicht über Tage hin. Beim Verhalten der Polizei ergeben sich konkrete Vergleichspunkte. Daß die Ereignisse von ihrer politischen Dimension in diese Reihe gehören, steht außer Frage.

FRAGE: Welche Perspektive hat Antifaarbeit unter solchen gesellschaftlichen Umständen wie heute?
ANTWORT: Klar, die Ausgangssituation ist nicht gut. Aber jammern nützt nichts. Wir müssen raus aus der Nischenexistenz und der one-point Zentriertheit. AntifaschistInnen müssen einen Rückbezug finden zu den sozialen Kämpfen hier. Antifaschismus gibt es nicht im luftleeren Raum. Es gibt doch einen Zusammenhang zwischen dem aktuellen Rechtstrend und Ausbeutungsformen im Kapitalismus. Ohne eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die Rassismus und Sexismus nicht als Nebenwiderspruch ansieht, kommen wir mit unserer Arbeit nicht weiter. Wir wollen Faschisten auch weiterhin auf allen Ebenen angreifen - auch militant. Wir suchen aber auch einen Dialog mit anderen antifaschistischen Strömungen außerhalb der "Autonomen".

An alle AntifaschistInnen!

In der bürgerlichen Presse wurden Namen und Fahndungsfotos von sechs gesuchten Antifas veröffentlicht.

Dies arbeitet Polizei und Justiz in die Hände und nützt letztendlich nur den Faschos.

Es kann nicht im Interesse von AntifaschistInnen liegen, daß jetzt in der Öffentlichkeit Namen und Portraits der untergetauchten und verfolgten AntifaschistInnen kursieren.

Diese Steckbriefe sollten weder auf Szenetreffs noch in irgendwelchen öffentlichen oder privaten Ordnern aufbewahrt oder gezeigt werden.

Wenn ihr dergleichen, oder ähnliche Fahndungsplakate irgendwo sehen solltet, bitte gleich vernichten. Fahndungsplakate sollten nirgendwo herumliegen oder hängen. Anna und Arthur halten sowieso das Maul, und spekulieren auch nicht herum, wer wen kennt oder schon mal irgendwo gesehen hat.

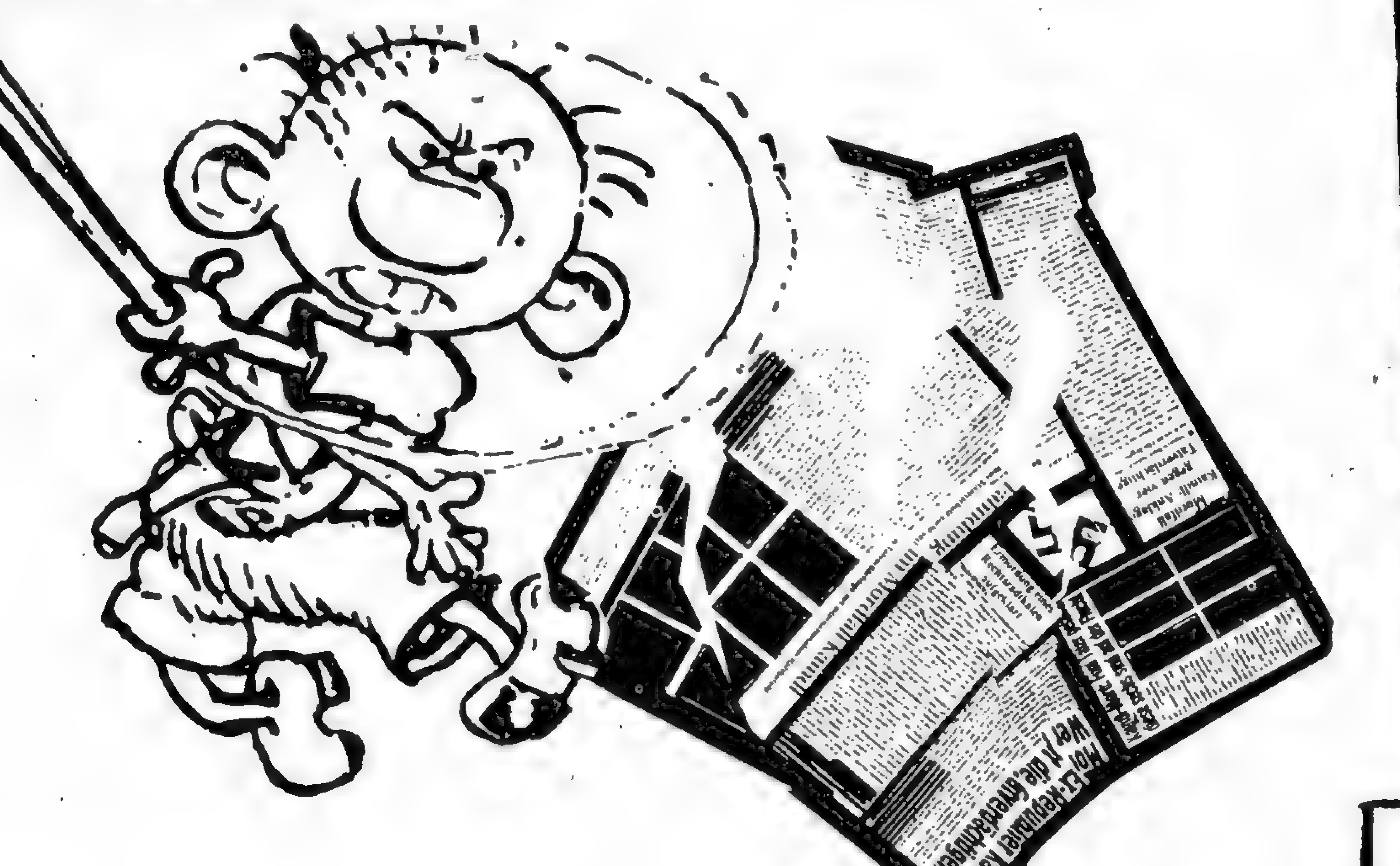
Medeni Kanun basınında verilen 6 Anti-Faschistlerin isimleri ve resimleri açıklanmışdır.

Polisler ve Adaled bunlari kendi ellerine geciriyorlar. Ancak bunlar tek Faschist`lere yarıyor.

Bu gibi teklif muzekresine sahne buluşunda vede hiş bir açık veya özel dosyalarda Saklamak, veya benzer arama Duvar ilani biyerde görürseniz Lütfen hemen yok edin.

Arama ilanları his bir etrafda olmasın veya asılı durmasın.

Anna ve Arthur zaten susuyorlar vede düşünmekte istemiyorlar. Kimse kimseyi Görmeniş oluyor.



Freiheit für die verfolgten und gefangenen Antifas!

Spendenkonto M. Holzberger, Kto Nr: 130095300 BLZ 10040000 Comerzbank

Antifaschistische Plakatreihe

VORSICHT FASCHIST!!

KLAUS MOTSCHMANN

ist seit 1971 Prof. an der Hochschule der Künste in Berlin, Ordinarius für evangelische Theologie, stellvertretender Vorsitzender der rechtslastigen "Evangelischen Notgemeinschaft" (ENID) und Organisator und Schriftleiter des RASSISTISCHEN KIRCHENBLATTES "Erneuerung und Abwehr". Motschmann ist Gründungsmitglied des "Förderkreises Gerhard Kaindl" (verstorbener Berliner RECHTSEXTREMIST), des HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERKS, sowie Referent in der DENKFABRIK EUROPA DER VÖLKER. BILDUNGSWERK und DENKFABRIK sind rechtsextreme Berliner Theoriezirkel von überregionaler Bedeutung. Sie zielen darauf ab, hier FASCHISTISCHE GESELLSCHAFTSVORSTELLUNGEN durchzusetzen.

Klaus Motschmann Ahrweilerstr. 12

Der "FÖRDERKREIS GERHARD KAINDL" wirbt mit MOTSCHMANNS Namen im Naziblatt "DER EINBLICK". Außerdem ist MOTSCHMANN Autor in mehreren rechtskonservativen bis faschistischen Blättern wie "CRITICON" und "JUNGE FREIHEIT". Er veröffentlichte mehrere Bücher, in denen er gleiche Rechte für alle Menschen ablehnte und fortschrittliche Bestrebungen und entsprechend tätige Menschen in der Kirche denunziert.

Hallo Interims

Wir fanden es nicht gut, daß ihr die Redebeiträge vom Kiezspaziergeng durch 61 in den Ordner verbannt habt, und wollten nochmal schreiben, warum wir eine Veröffentlichung für wichtig halten:
- die begonnene Auseinandersetzung mit den diversen Wachschutzfirmen als Instrument der zunehmenden Vertreibung und Kontrolle in der Stadt wollten wir weiterführen und unsere Informationen weitergeben.
- wir haben mitgekriegt, daß wenige nix genaues über den Neubau des Bullenkomplexes am Platz der Luftbrücke wissen, halten ihn aber gerade wegen der zunehmenden Bullenpräsenz und Überwachung in Kreuzberg und der integrierten Forschungsabteilung (PTU) für EINEN Baustein, der nicht nur unsere Lebenssituation im "Citynahen Bereich" verschärfen wird.
- das Projekt Umbau Potsdamer und Leipziger Platz mit der dazugehörigen Infrastruktur, die auf dem Gleisdreieck entsteht, dem Logistikzentrum, ist auch noch zu wenig in unserer Diskussion. Dazu wollten wir mit den Infos zu Lahmeyer als Profiteur des Hauptstadtwahns einen Beitrag leisten - Lahmeyer war ja auch schon mal bekannter.

Grüße

Gentechnik 28.5.94 FR

Täter schneller erkannt

WIESBADEN, 27. Mai (dpa). Mit einem neuen gentechnischen Verfahren vom hessischen Landeskriminalamt (LKA) können Kriminelle künftig schneller überführt werden. Bei der Methode, für die es noch keinen Namen gibt, reichten den Experten bereits stecknadelkopfkleine Spuren von Blut, Sperma oder Speichel aus, um sie einem Verdächtigen zuzuordnen, berichtete das LKA am Freitag in Wiesbaden. Möglicherweise könnten jetzt auch Täter überführt werden, bei denen das bislang aufgrund zu geringer Mengen an Körperflüssigkeit oder zu schlechter Spuren nicht möglich war.

Beim herkömmlichen genetischen Fingerabdruck müssen verschiedene Merkmale des Erbmoleküls DNA nacheinander untersucht werden. Mit der neuen Methode können mehrere DNA-Kennzeichen gleichzeitig geprüft werden. Ermöglicht werde das durch ein neues Gel, das wie ein Sieb funktioniert und die DNA schneller als bislang sortiert.



Spucki



am 14.5. Pl. d. Luftbrücke

Vorstellung der Broschüre

"triple oppression und bewaffneter Kampf"

leicht überarbeitetes Referat, gehalten auf der Volks-Uni, Pfingsten 1994

Wir wollen mit unserer Broschüre zur Rekonstruktion der revolutionären Bewegung beitragen. Wir machen dies als kommunistische Männer. Allerdings haben wir uns nicht - wie der nicht von uns stammende Untertitel im Programm-Heft vielleicht suggeriert - bewußt als Männergruppe zusammengesetzt. Mit unserer Rolle als Männer im revolutionären Prozeß haben wir uns lediglich insoweit auseinandergesetzt, als wir das Patriarchat als einen antagonistischen Widerspruch begreifen und die Ignoranz bzw. Leugung der patriarchalen Unterdrückung in einigen Texten in der Broschüre kritisieren. Weitergehende Überlegungen haben wir in der Gruppe zu unserer Rolle als Männer bisher nicht entwickelt. Für uns ist es allerdings Voraussetzung für die Erarbeitung revolutionärer Perspektiven, diese Auseinandersetzung unter uns in Zukunft zu führen.

Wir wollen mit diesem Vortrag Antworten auf folgende Fragen geben:
Warum ist eine Auseinandersetzung mit der RAF heute noch wichtig?
Was sind die Kriterien, an denen wir die Politik der RAF messen? / Warum ist die Orientierung auf triple oppression - auch für Kommunisten - heute unerläßlich?
Was ist das Ergebnis unserer Analyse der RAF-Politik?
Wo sehen wir die (theoretischen) Ursachen für Fehler, die die RAF gemacht hat?

I. Warum ist eine Auseinandersetzung mit der RAF heute noch wichtig?
In den 60er und 70er Jahren nahmen weltweit - im Trikont und in der imperialistischen Metropole - Gruppen den bewaffneten Kampf auf.
Demgegenüber befand sich die Politik der dominanten kommunistischen Strömung schon damals in einer Sackgasse: Die Stalinsche Konzeption des "Sozialismus in einem Lande", die Volksfront-Politik mit Teilen der Bourgeoisie, die Beschränkung auf die staatlicherseits akzeptierten Politikformen - alldies führte dazu, daß von den Kommunistischen Parteien keine revolutionären Impulse mehr ausgingen. Wir kennen dies in der BRD und Westberlin später als DKP/SEW-Orientierung auf sog. antimonopolistische Bündnisse und eine unbedingte Aktionseinheit mit der SPD, der Distanzierung von militanten Demonstrationen etc.
Diese Erstarrung der kommunistischen Bewegung veranlaßte Fidel Castro zu der Erklärung, daß, wenn die Kommunisten versagen, andere die Revolution weitertreiben müssen.
Aber auch dieser Aufbruch, zu dem auch die StudentInnenproteste der späten 60er Jahre in verschiedenen Ländern gehören, hatte seine Grenzen. Denn er war ausschließlich gegen den Kapitalismus/Imperialismus (was kaum weiter differenziert wurde) gerichtet.

II. Was sind die Kriterien, an denen wir die Politik der RAF messen? / Warum ist die Orientierung auf triple oppression - auch für Kommunisten - heute unerläßlich?
Kommunismus bedeutet für uns die Abschaffung von rassistischer sowie von Klassen- und Geschlechterherrschaft und damit auch des Staates.
Das heißt nicht, daß wir Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus lediglich als zufällig nebeneinanderstehende Unterdrückungsformen begreifen. Vielmehr analysieren wir sie als *relativ* unabhängig. Das heißt: sie unterscheiden sich in ihrer Funktionsweise und in ihren konkreten Auswirkungen. Aber sie sind in der heutigen Gesellschaft ineinanderverzahnt; sie verstärken und stützen sich gegenseitig. Dieses Ineinanderwirken der drei antagonistischen Unterdrückungsformen bezeichnen wir als Imperialismus. Das heißt: Wir meinen nicht die leninsche Definition, wenn wir zur Vermeidung von ständigen Aufzählungen dieser Unterdrückungsformen kurz von Imperialismus sprechen.
Wir betrachten den historischen Materialismus als Instrument, diese gesellschaftliche Situation zu analysieren und davon ausgehend eine umwälzende Strategie zu entwickeln. Bisher erstreckte sich diese Analyse vor allem auf den Klassenwiderspruch. Wir halten es darüber hinaus für notwendig und möglich, das

Patriarchat und den Rassismus materialistisch zu erklären, ohne sie als bloße Ausdrucksformen des Kapitalismus zu betrachten. Wichtige Faktoren, die dabei zu berücksichtigen sind, sind die sexistische und rassistische Arbeitsteilung sowie die Rolle direkter körperlicher Gewalt bei der Aufrechterhaltung von Patriarchat und Rassismus.
Das heißt: Wir betrachten alle drei Unterdrückungsverhältnisse als antagonistische Widersprüche, die nur mit dem Untergang der beiden Seiten dieser Widersprüche aufgehoben werden können. Dadurch unterscheiden sich diese Widersprüche von anderen, wie beispielsweise dem Generationskonflikt. Der kommunistische Kampf zielt also in unserem Verständnis nicht nur auf die Beseitigung der Klassen, sondern auch der sozial und ideologisch konstruierten Geschlechter und Rassen.
Der Begriff Antagonismus impliziert darüber hinaus die Existenz *struktureller* Herrschaftsverhältnisse. Sie lösen sich nicht von selbst auf. Ihre Beseitigung erfordert wegen des Beharrungsinteresses der Herrschenden einen Kampf mit allen - und das heißt: in letzter Instanz auch gewaltsamen - Mitteln. Das zeigen einerseits die inhaltlichen Grenzen der Politik von Reformregierungen wie der sozialistisch-kommunistischen in Frankreich Anfang der 80er Jahre und andererseits die Niederschlagung von Versuchen einer friedlichen Transformation zum Sozialismus wie in Chile 1973.
Wenn wir von drei Unterdrückungsformen ausgehen, haben wir natürlich Schwierigkeiten im Umgang mit jenen Kämpfen und Bewegungen, die nach wie vor nur eine Unterdrückungsform bekämpfen - und das sind die meisten. Als These soll aber gelten, daß alle Kämpfe, die eine Unterdrückungsform mit einer oder beiden anderen bekämpfen, von uns nicht unterstützt werden. Das heißt: Wenn beipielsweise bei Arbeitskämpfen offen die Verdrängung von Frauen und/oder Nichtdeutschen aus der Produktion propagiert wird, werden wir uns nicht solidarisieren. Ebenso werden wir nicht aus Prinzip Solidarität mit Aufständen unterdrückter Völker üben, wenn dort offen oder versteckt die Unterdrückung anderer Völker angelegt ist.

III. Was ist das Ergebnis unserer Analyse der RAF-Politik?
Gemäß diesem Ausgangspunkt ist unsere Broschüre nach den drei von der triple oppression-Theorie ausgemachten Widersprüchen gegliedert. Das heißt: Wir dokumentieren Texte, die sich unter dem Gesichtspunkt des antirassistischen, des feministischen und des Klassenkampfes mit der Politik der RAF auseinandersetzen. Die Texte stammen von Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand hier, von Gefangenen kommunistischer Guerillagruppen aus Belgien und Spanien sowie von legalen Zusammenhängen aus der BRD und der Schweiz.

Zum Klassenkampf:
Die RAF nahm ihren Kampf mit der Erklärung auf: "Stadtguerilla ist eine Waffe im Klassenkampf." (Konzept Stadtguerilla). Sie bezog sich auf Marx, Lenin und Mao. Sie wollte die Macht der Bourgeoisie stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Ihr zweite Strategie-Schrift trug den Titel "Stadtguerilla und Klassenkampf".
Diese Orientierung der RAF am *gesellschaftlichen* Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit hatte allerdings schon mit dem Scheitern ihrer Mai-Offensive des Jahres 1972 sein Ende. Begriffe wie "Klassenkampf" und "Proletariat" verschwinden aus ihren Schriften; der Begriff "Kapital" wird nicht im marxistischen Sinne verwandt, sondern ist eines der vielen Synonyme für "die Macht", "das System" etc. Stattdessen orientierte sich die RAF (zunächst implizit, dann - mit dem sog. Frontpapier von 1982 - ausdrücklich) an Konfliktlinien, die der Gesellschaft äußerlich sind. Sie behauptete folgende antagonistische Widerspruchslinien: Staat - Gesellschaft, Metropole - Trikont und West - Ost. Dabei bestimmten die ersten beiden Widersprüche - aus Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen und aus Solidarität mit den unterdrückten Massen im Trikont - die Politik der RAF am stärksten.
Die hiesigen Verhältnisse analysierte die RAF als manipulative und militärische Unterdückung der Gesellschaft durch den Staat. Die RAF bekämpfte nicht die Ursache (die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft), sondern deren notwendige Folge (den Staat).
Damit ließ die RAF außer acht, daß die Individuen, die die Gesellschaft bilden, jeweils Herrschende oder Beherrschte in dem einen oder anderen Unterdrückungsverhältnis sind - sie schlug schon damals pauschal "die Gesellschaft" dem 'guten' Pol zu.

Im Kontext ihrer Fixierung auf den vermeintlichen Widerspruch Staat - Gesellschaft bestimmte die RAF ihre Aktionen als militärischen Angriff auf den Staat und als Mittel, um das als manipuliert betrachtete Bewußtsein der Massen aufzubrechen. Im schon erwähnten Frontpapier, das die Politik der RAF in den 80er Jahren weitgehend bestimmte, hieß das: Revolutionäre Strategie sei einfach "unsere Strategie gegen ihre Strategie". So einseitig wie sie die herrschenden Verhältnisse / die Herrschaftsmethoden wahrnahm, so einseitig bestimmte sie ihre Strategie: Eine weitgehende Reduktion von Politik auf Militärpolitik, eine Vernachlässigung von anderen politischen Praxisformen, eine sektiererische Bündnisunwilligkeit etc.
Im April 1992 vollzog die RAF den Bruch mit dieser Politik; sie erklärte die Aussetzung ihrer gezielt tödlichen Aktionen. Sie vollzog diesen Bruch aber nicht als revolutionäre (Re)-Orientierung an den Widersprüchen in der hiesigen Gesellschaft. Vielmehr beschränkt sich die Änderung ihrer Politik darauf, daß sie den von ihr behaupteten Widerspruch Staat - Gesellschaft nicht mehr als antagonistisch auffaßt. Der RAF geht es heute darum, den Staat reformistisch "zurückzudrängen" statt ihn zu zerschlagen und "wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gücken, wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik", so die RAF in ihrer Erklärung vom August 1992. Mit ihrem als neu ausgegebenen Konzept der "Gegenmacht von unten" hat die RAF allerdings ihren Gesellschaftsbegriff, der keine Widersprüche in der Gesellschaft kennt, beibehalten. ...alles Gute kommt von unten / aus der Gesellschaft.

Zu Patriarchat und Rassismus
Bezog sich die RAF - wie schon erwähnt - anfangs zumindest noch auf den Klassenantagonismus, so wurden Patriarchat und Rassismus von ihr nie als relativ eigenständige antagonistische Widersprüche erkannt. Noch heute erscheinen Sexismus und Rassismus in den Texten RAF als bloßer Ausdruck des Warenverhältnisses, einer Strategie von oben zur Spaltung der Gesellschaft und fehlgeleiteter sozialer Protest.

IV. Wo sehen wir die (theoretischen) Ursachen für Fehler, die RAF gemacht hat?
Die theoretische Ursache für diese Fehler sehen wir im Einfluß von Georg Lukács und der Frankfurter Schule auf die RAF. Dieser Einfluß verdrängt seit dem Scheitern der Mai-Offensive zunehmend die marxistischen Elemente in der RAF-Theorie. Wir sehen diesen Einfluß insbesondere in der Kategorie der Totalität und im Subjektivismus/Idealismus. Die RAF sprach von einer "Totalität des imperialistischen Zentrums" und übersah dabei - wie schon erwähnt - die gesellschaftlichen Widersprüche. Diese Widersprüche hätten Ansatzpunkte für eine mehr an den Massen statt ausschließlich am sogenannten "subjektiven Bruch" orientierte Politik sein können. Im Rahmen der neuen Politik der RAF seit 1992 zeigt sich dieser Einfluß dagegen vor allem in der idealistischen Forderung nach "Gerechtigkeit" und "vernünftigen Lösungen".
Was ist die Frankfurter Schule?
Die Frankfurter Schule entstand in den zwanziger Jahren als eine mit dem Marxismus sympathisierende Theorieströmung. Ihre bekanntesten Vertreter sind Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse. Sie steht in der Tradition von Georg Lukács' Schrift über *Geschichte und Klassenbewußtsein.* Lukács entwickelte dort zentrale Kategorien einer Denkrichtung, die den Marxismus hegelianisch interpretiert. Sie ignoriert damit den Bruch, den Marx mit dieser idealistischen Philosophie vollzogen hat.
Wir wollen hier drei Elemente des Frankfurter Schule-Denkens nennen, die später für die Neue Linke insgesamt und auch die RAF von Bedeutung wurden:
1. Ein Dialektik-Verständnis, in dem die Kategorie der "Totalität" den Vorrang vor der Kategorie des "Widerspruchs" hat. Das heißt: Es wird die Existenz einer *ursprünglichen* (später aufgespaltenen) Einheit behauptet; die Widersprüche sind nicht entscheidend (für revolutionäre Brüche), sondern ihre Wieder-Versöhnung (Synthese) am Ende einer evolutionären Entwicklung steht von *vornherein* fest.
Das hat zwei Konsequenzen:
a) Eine geschichtsphilosophische: Die Geschichte wird als "Entfremdung" und Wiederherstellung eines *vorausgesetzten* menschlichen Wesens interpretiert.

b) Eine analytische: Die Realität wird nicht als komplex, gegliedertes Ganzes, sondern als homogene Totalität analysiert. Jedes Phänomen, bspw. auch der Sexismus, erscheint als bloßer Ausdruck des Warenverhältnisses. Technik, Konsum und totalitärer Staat erscheinen als ein einziges Monstrum, daß sich 'den Menschen' / 'der Gesellschaft' von außen/oben aufdrängt.
2. Die Möglichkeit, diese Totalität zu überwinden, wird nicht aus der inneren Widersprüchlichkeit der Situation entwickelt. Stattdessen wird die umwälzende Fähigkeit einem äußeren Subjekt zugeschrieben. Um ein Beispiel zu geben:
Für den Marxismus ist das Proletariat die *eine Seite* des widersprüchlichen Kapitalverhältnisses. Das heißt: Es gibt *immer schon* Kämpfe, wenn auch meist reformistisch begrenzt. Diese *innere* Widersprüchlichkeit des Kapitalverhältnisses macht es, daß die Überwindung des Kapitalismus nicht reiner Voluntarismus ist.
Bei Lukács hat das Proletariat demgegenüber die Rolle eines *äußeren*, negierenden Subjektes. Im Zuge der politischen Integration der ArbeiterInnenklasse ging diese Rolle bei der Frankfurter Schule auf sog. Randgruppen, zuvorderst die Kritischen TheoretikerInnen selbst, über.
3. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen wird ebenfalls nicht aus den materiellen Antagonismen entwickelt. Stattdessen vermißt die Frankfurter Schule die bürgerlichen Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Vernunft in der Realität - ihr Ziel ist, die Versprechen der bürgerlichen Revolution wahrzumachen.

Die Frankfurter Schule-Rezeption der StudentInnenbewegung
Diese Vorstellungen gelangten nun über die StudentInnenbewegung zur RAF. Die Kritische Theorie erlangte für diese Bewegung vor allem aus drei Gründen große Bedeutung:
1. Dort wurde eine kritische Denkweise vorgestellt, die die Praxis der realsozialistischen Staaten ablehnte und sich doch nicht mit einer Apologie der westeuropäischen Herrschaftsverhältnissen begnügte.
2. Die Randgruppen-Theorie von Herbert Marcuse reflektierte das Verhältnis von integrierten ArbeiterInnen und radikalisierten StudentInnen.
3. Aufgrund des Faschismus und des KPD-Verbotes existierten keine anderen marxistischen / marxismus-nahen Traditionen.
Dies führt bspw. bei Rudi Dutschke, einem der bekanntesten Verteter der StudentInnenbewegung, zu folgendem Marxismus-Verständnis:
1. Es ist philosophisch um die Kategorie der Entfremdung, statt um den wissenschaftlichen Begriff der Ausbeutung bzw. Mehrwertakkumulation zentriert.
2. Politisch erscheint deshalb nicht der proletarische Klassenkampf (und die anderen gesellschaftlichen Antagonismen), sondern sondern das mittelständische Leiden am vermeintlichen Konsumterror als zentral.
3. Den durchweg als manipuliert angesehenen Massen sollte mittels spektakulärer, aufklärerischer Aktionen ihr Leiden vor Augen geführt werden.
4. Es war antileninistisch in dem Sinne, daß es eine Partei allenfalls im Rahmen einer Nachtrab-Politik gegenüber sozialen Bewegungen akzeptierte.
5. Es war insofern eurozentristisch, als es den Stalinismus allein aus der 'kulturellen Rückständigkeit' Rußlands erklärt und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes ("Propaganda der Schüsse") auf den Trikont beschränkte. Die für die Metropole vorgesehenen spektakulären Aktionen wurden im Unterschied dazu als "Propaganda der Tat" bezeichnet.
6. Schließlich war dieses Denken beeinflußt von nicht-marxistischen ethischen Vorstellungen Ernst Blochs und der kritischen protestantischen Theologie Hellmut Gollwitzers.

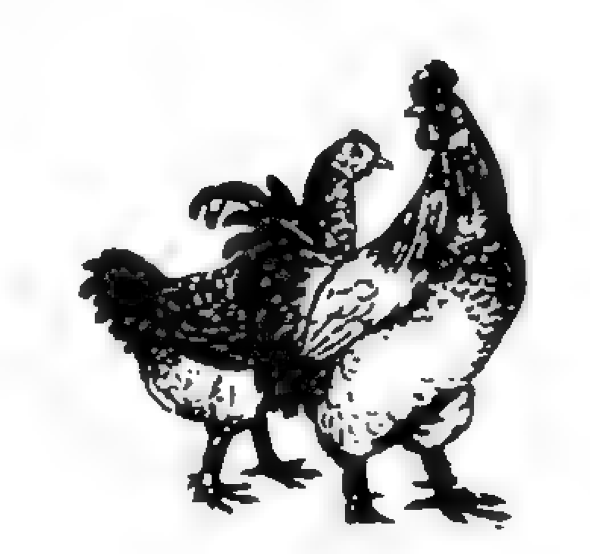
Frankfurter Schule-Elemente in der Theorie der Roten Armee Fraktion
Diese Denken wurde nach den wilden September-Streiks des Jahres 1969 in der Linken zunächst in den Hintergrund gedrängt. Es kam zur sog. "proletarischen Wende" und zur Gründung zahlreicher studentischer K-Gruppen. Von dieser theoretischen Konjunktur waren auch noch die ersten Strategie-Schriften der RAF geprägt. Die politische Praxis der RAF unterschied sich allerdings deutlich vom 20er Jahre-Revival der K-Gruppen. Nachdem sich jene - teils heftig übertriebenen - Hoffnungen auf das Proletariat zerschlagen hatten und neue Erfahrungen mit staalicher Repression (Berufsverbote, Stammheim ['77]) gemacht worden waren, kam es allerdings zu einem erneuten Rückgriff auf das Gedankengut der Frankfurter Schule und der StudentInnenbewegung. Bei der RAF setzte dies schon im November 1972 mit der Schrift über die "Strategie des antiimperialistischen

Kampfes" ein. Später kamen die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen auf; die Grüne Partei wurde gegründet. Diese Bewegungsorientierung drückte sich dann auch im schon mehrfach erwähnten Frontpapier der RAF vom Mai 1982 aus.
Daraus ergeben sich unsere wichtigsten Kritikpunkte an der RAF, die im Zusammenhang mit dem Denken der Frankfurter Schule stehen:
1. Die "konkrete Analyse der konkreten Situation" (Lenin) wird zugunsten der Beschwörung der "Totalität des imperialistischen Zentrums und der "Entfremdung" vernachlässigt. Nach der RAF-These vom "imperialistischen Gesamtsystem" war die BRD nur eine "Funktion für das US-Staatensystem" (Frontkonzept); jede konkrete Schweinerei wurde als von geheimen NATO-Stäben geplant ausgegeben.
2. Diese Totalität wird als ausschließlich vom Warenverhältnis bestimmt angesehen. Die gerade nicht auf dem Warentausch beruhenden Mechanismen ideologischer Herrschaft sowie die Überlagerung des Kapitalverhältnisses durch Rassismus und Patriarchat können damit nicht angemessen analysiert werden.
3. So können die tatsächlichen Widersprüche (Bruchlinien) - als Ansatzpunkte für effektiven Widerstand! - nicht analysiert werden. Es bleibt als einziger Ausweg der "Sprung" zu einem im "innere(n), lebendige(n), in konkreten Personen verkörperten" "neuen Bewußtsein" (Frontpapier): Bei der Frankfurter Schule ist dies ein Sprung ins Reich des Kritischen Denkens. Bei der RAF eine Konzeption des bewaffneten Kampfes, von der sie selbst erklärte, daß sie mit der "Beschwörung der 'Verbindung zu den Massen' nichts anfangen" kann (Frontpapier). Dieses Sektiertum fand seinen Ausdruck in einem früher gern zitierten Satz von Holger Meins:
"entweder mensch oder schwein / entweder überleben um jeden preis oder / kampf bis zum tod / entweder problem oder lösung / *dazwischen gibt es nichts.*"
In dieser moral-triefenden Alternative, die nur "mensch oder schwein" und nichts dazwischen kannte, war kein Raum für das Zusammenwirken verschiedener Kampfformen. "Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, (...), war nicht begriffen als Teil im Gesamten, (...)," wie RAF im August 1992 selbstkritisch zurückblickend schrieb.
4. Dieser subjektive Radikalismus verdeckte lange Zeit den versöhnlerischen Gehalt des widerspruchsfreien Gesellschaftsbegriffs der RAF und der Rede von 'den' oder gar 'dem Menschen'. Früher: "mensch oder schwein". Und heute - ist die RAF auf der Suche nach "sinnvollen Lösungen" für "alle Menschen", geht es ihr um die Durchsetzung "neuer Werte" statt um eine effektive revolutionäre Praxis.

Abschließend müssen wir leider mitteilen, daß der GNN-Verlag die Herausgabe der Broschüre abgelehnt hat und wir deshalb eine neue Möglichkeit für die Herausgabe suchen müssen. Ebenfalls aufmerksam machen wollen wir auf einen von der taz am 29.4. enthüllten, gescheiterten Versuch des Berliner Verfassungsschutzes, einen FU-Studenten als Spitzel anzuwerben, der einen der Broschüren-Herausgeber sowie Anifa-Zusammenhänge bespitzeln sollte. Außerdem wollen wir darauf aufmerksam machen, daß am Mittwoch aufgrund von Kronzeugen-Aussagen ein neuer Prozeß gegen die Gefangene aus RAF, Heidi Schulz, beginnt. Dazu liegt hier ein Flugi aus, das anscheinend GenossInnen gemacht haben; wir hätten es allerdings deutlich anders formuliert.

Broschüren-Gruppe
c/o Kopierladen M99
Manteuffelstraße 99
10997 Berlin

Literaturhinweise:
Zur Orientierung kommunistischer Parteien an der Außenpolitik der SU statt an der Revolution im eigenen Land:
Georg Fülberth, *KPD und DKP. 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*, Distel Verlag: Heilbronn, 1990.
Zum Revisionismus kommunistischer Parteien und zum Verhältnis Staat - Gesellschaft:
Etienne Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*, VSA: Hamburg, 1977.
Jens Christian Müller / Sebastian Reinfeldt / Richard Schwarz / Manon Tuckfeld, *Der Staat in den Köpfen*, Decaton Verlag: Mainz, 1994.
Zur *triple oppression* und insbesondere zur sozialen und ideologischen Konstruiertheit der Geschlechter:
Klaus Viehmann u.a., *Drei zu eins* - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), *Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Edition ID-Archiv, Berlin, 1991, 27 - 62.
Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, *Wie Geschlechter gemacht werden*, in: Gudrun-Alexi Knapp / Angelika Wetterer (Hg.), *Traditionen. Brüche*, Freiburg, 1992, 201-254.
Zur RAF:
Redaktion (Hg.), *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*. Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, GNN Verlag: Köln, 1988.
Pieter Bakker Schut (Hg.), das *info* briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973-1977, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1987.
Zu Georg Lukács und zur Frankfurter Schule (außer den unserer Broschüre abgedruckten Texten):
Göran Therborn, *The Frankfurt School* und Gareth Stedman Jones, *The Marxism of the Early Lukács*, in: ders et al., *Western Marxism. A Critical Reader*, NLB: London, 1977, 83 - 139 und 11 - 60.
Zur 68er Bewegung:
Geoff Eley, Germany *Since '68: From the APO to the Greens*, in: *SR*. Socialist Review (Berkley), Vol. 18, Oct.-Dec. 1988, 131 - 142.
Ingo Juchler, *Rebellische Subjektivität und Internationalismus*. Der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989.
Zum Verhältnis von Marx und Hegel:
Louis Althusser, *Für Marx*, Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1968.
ders., *Ideologie und Ideologische Staatsapparate*, VSA: Hamburg, 1977.





Bosnien-Herzegowina

Krieg und antinationalistischer Widerstand

Einleitung

In mehren Besuchen in einigen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens und in Gesprächen mit bosnischen Flüchtlingen hier haben wir immer wieder erfahren, daß der Krieg in Bosnien-Herzegowina keiner von hoffnungslos verhetzten Bevölkerungsgruppen ist. Die ganze Zeit über hat es gegeben und gibt es starken Widerstand gegen die nationalistische Aufspaltung und Teilung Bosniens. Wie anders wäre auch die außerordentliche Brutalität des Krieges zu erklären? Männer und Frauen die seit je schon ihren NachbarInnen an die Gurgel wollten, werden sicher nicht so hartnäckig an ihren sozialen Alltagsstrukturen festhalten. Aber allen Tatsachen zum Trotz scheint die Propaganda vom Krieg der Nationalitäten so tief ins Bewußtsein gedrungen zu sein, daß Solidarität bis auf einige Ausnahmen unmöglich wird. Die bisherigen Initiativen praktischer Solidarität konnten diese Vorurteile nicht ernsthaft erschüttern. Hier sind in erster Linie die zahlreichen unabhängig organisierten Hilfskonvois und die Unterstützung von Flüchtlingen in Lagern sowohl hier als auch in Bosnien und Kroatien zu nennen. Im Gegensatz zu den von westlichen Staaten oder NGOs (Non-Governmental Organisations) wie dem Roten Kreuz organisierten Konvois, deren Lieferungen zu 80% auf dem Schwarzmarkt oder bei den Militärs landen, können unabhängige Konvois viel eher die Bevölkerung direkt unterstützen.
Aktionen und Demonstrationen von BosnierInnen oder einzelner mit ihnen zusammenarbeitender Gruppen gegen die Aufspaltung wurden meist gar nicht wahrgenommen. Z.B. gab es Anfang Februar in Berlin eine Demonstration mit 15.000 TeilnehmerInnen, die von Medien und Bevölkerung völlig ignoriert wurde.
Die moralischen Kategorien, in denen der Krieg beleuchtet wird, lassen die BosnierInnen bestenfalls als hilflose Opfer marodierender Nationalisten erscheinen, denen es den Segen westlicher Hilfe oder gar einer Militärintervention zu vermitteln gilt.

Der Widerstand gegen die Aufteilung ist durch die UNPROFOR geschwächt worden. Mittlerweile gehen UN-Einheiten sogar direkt militärisch gegen den Widerstand vor.

Wir haben die Darstellung chronologisch und regional gegliedert. Nicht um - wie es so oft geschieht - den Anschein fundamentaler Spaltung Bosnien-Herzegowinas zu erwecken, sondern weil es regional sehr unterschiedliche Bedingungen gibt: je nachdem ob einzelne Regionen besetzt sind oder nicht und wenn, von wem.

Es ist sehr schwer einigermaßen geeignete Bezeichnungen für die einzelnen Bevölkerungsgruppen zu finden. Zumal letztlich jeder und jede selbst sagen muß, als was er oder sie sich versteht, und weil nationale Zugehörigkeit vor allem eine politische Entscheidung ist. Der Konflikt, den wir schildern, ist einer von NationalistInnen und Nicht-NationalistInnen. Aber genau nicht einer von "Serben, Kroaten und Muslimen". Die gesellschaftlichen Hintergründe haben wir bereits an anderer Stelle zu analysieren versucht, deshalb gehen wir hier nicht mehr gesondert darauf ein.[1] Im allgemeinen haben wir die nicht-nationalistische Seite als BosnierInnen bezeichnet, ihr Gegenüber als bosnische KroatInnen, bosnische SerbInnen oder MuslimInnen. Aber: Im Februar dieses Jahres gab es in Sarajewo eine "Versammlung der Kroaten" und einige Wochen später eine "Versammlung der Serben". Beide sprachen sich für ein gemeinsames Bosnien-Herzegowina aus. Ein Sprecher auf der kroatischen Versammlung brachte die Sprachprobleme auf den Punkt: "Wenn die Muslime zu mir sagen, daß sie Bosniaken sind, dann sind sie Bosniaken. Und wenn mir nun diese 1,8 Millionen Menschen erklärten, daß sie Marsianer sind, dann würde ich sagen: Meine lieben Marsianer, ihr seid Marsianer, ich erkenne das an, aber wir sind gleichermaßen von den Tschetniks bedroht, gehen wir also gemeinsam in den Befreiungskampf."[2]

Penetrant halten sich Illusionen über die UNO und EU, die seit dem zweiten Golfkrieg eigentlich überwunden sein sollten. Weder sind beide unparteiische Friedensstifterinnen noch Gegenerinnen von Völkermord und Kriegsverbrechen. Von Anfang an wußten und billigten sie die zwischen Zagreb und Belgrad abgesprochene Aufteilung Bosnien-Herzegowinas. Bereits am 18.März 1992 einigten sich die drei nationalen Parteien (die serbische SDS, die kroatische HDZ und die muslimische SDA) unter Vermittlung der EG auf eine Dreiteilung in "Volksgruppenkantone". Mit dieser internationalen Anerkennung der Teilung war wie selbstverständlich die militärische Eskalation verbunden. Schon zwei Tage vor der Einigung waren serbische Truppen in Nordbosnien eingerückt. Wenn innerhalb Bosnien-Herzegowinas diese "Volksgruppenkantone" eingerichtet werden sollten, war es zwangsläufig nur eine Frage der Zeit bis diese Kantone an die jeweiligen sogenannten Mutterländer angeschlossen werden. Eine Logik, von der alle Beteiligten wußten. Schließlich war es in Ex-Jugoslawien allgemein bekannt, daß Tudjman und Milosevic schon seit Winter '91 eine Aufteilung Bosniens planten. Genauso klar war, daß die Bevölkerung nicht so einfach sich aufteilen lassen würde. Während der Verhandlungsrunden übten die UN/EU-Vermittler permanent Druck auf die bosnische Politik aus, der Teilung endlich zuzustimmen. Mitte '93 wurde von UNO/EU dann endgültig die eh nur noch formal behandelte Gesamtstaatlichkeit Bosnien-Herzegowinas aufgegeben
Die Politik der UNPROFOR (United Nations Protection Forces in former Yugoslavia), der bisher blutigste Blauhelmeinsatz der Geschichte, ist die einer Simulation. Sie versucht der Bevölkerung zu suggerieren, daß nur sie Schutz und Hilfe gewährleisten kann. Was für die, die darauf vertrauen, katastrophale Folgen hat.

Die Broschüre ist zu beziehen, bei (mindestens fünf Exemplare, zum Preis von je einer Mark):

Osteuropaarchiv Cuvrystr.25
c/o Papiertiger 10997 Berlin

Menschenrechte im Kosovo

„...praktisch jedeR Gefahr läuft, von der Polizei mißhandelt zu werden."

TATblatt

Fünf junge Männer aus dem Kosovo machen derzeit wider Willen große Politik in Österreich. Sie haben ihre Heimat verlassen, um nicht für ihre Unterdrücker in einen ungerechten Krieg zu ziehen, der ihnen nichts als Erniedrigung, Verletzung oder Tod bringen kann. Für „unseren" Herrn Innenminister kein Grund, Asyl zu gewähren. Fast als verfrühte Antwort auf Un- und Halbwahrheiten oder Fehlinformationen, die das Innenministerium durchs Land schickt, hat Amnesty International am 5.Mai einen Bericht über die Menschenrechtssituation im Kosovo vorgelegt.

Der Konflikt um den Kosovo hat reichlich Nahrung: In Kosovo Polje (Serbokroatisch: Amselfeld) unterlag das Serbische Königreich 1389 den Osmanen. Und da letztlich keines der südslawischen Volksgruppen bis zur schrittweisen Auflösung des Osmanischen Reichs auch nur annähernd so etwas wie einen eigenen Staat bilden konnte, müssen sie die Symbole ihres „Nationalismus" aus sehr grauer Vorzeit herbeizaubern. Der Kosovo als serbisches Kernland ist ein solches Symbol: Ein Kernland mit lediglich 15 Prozent orthodoxer und Serbokroatisch sprechender Bevölkerung. Die überwiegende und auch wachsende Mehrheit im Kosovo ist moslemisch und spricht Albanisch ...

Nach dem Balkankrieg 1912/13 wurde der Kosovo an Serbien angegliedert. Ab 1918 waren die albanisch sprechenden Menschen großem Druck ausgesetzt. So sollten sie zB Serbokroatisch sprechen. Das ließ sich zwar nicht realisieren, denn viele Menschen kannten Serbokroatisch einfach nicht, aber der Druck blieb aufrecht.

Im Jahre 1941 schloß das faschistische Italien den Kosovo an Albanien an. 1943 gewannen die Partisanen mit großer Unterstützung der albanisch-sprechenden Bevölkerung wieder die Oberhand: der Kosovo orientierte sich wieder an Jugoslawien. Nach 1945 existierte der Kosovo als autonome Region innerhalb der Republik Serbien.

Obwohl sich der politische Status des Kosovo zwischen 1945 und 1974 (demJahr, als die „föderalistische" Verfassung Titos erlassen wurde) langsam aber doch in Richtung mehr Autonomie veränderte, konnte der Kosovo nie den Status einer eigenen Republik im ehemaligen Jugoslawien erreichen. Ausschlaggebende Gründe dafür waren wohl hauptsächlich chauvinistischer Natur. Demonstrationen mit der Forderung nach einer eigenen Republik wurden jedenfalls seit 1945 fast immer als sezzessionistisch diffamiert und von der Polizei angegriffen.

In der zweiten Hälfte der Achtziger verlegte sich die serbische Parteiführung angesichts praktisch unlösbarer ökonomischer Probleme auf den Nationalismus. Als Antwort auf den sich abzeichnenden Zerfall des jugoslawischen Staates, so die offizielle Propaganda in Belgrad, wolle man Serbien zu einem Zentralstaat umbauen. Die erste Umbauaktion betraf den Kosovo, dessen Rechte als autonome Provinz in Serbien annuliert wurden. Jugoslawienweite Streiks und Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung boten dann im Februar 1989 einen Anlaß, den Ausnahmezustand über den Kosovo zu verhängen.

Seit Mitte 1990 sind praktisch alle albanisch-sprechenden Menschen in der öffentlichen Verwaltung durch serbokroatisch sprechende ersetzt worden. Albanisch als Unterrichtssprache wurde abgeschafft, albanische Institutionen wie Schulen, Universitäten, Krankenhäuser aufgelöst und albanische Zeitungen und Buchverlage geschlossen. Insgesamt dürften mehr als 100 000 Albanisch sprechende Menschen ihren Job verloren haben.

Dennoch existiert weiterhin eine albanische Infrastruktur: Eben nur verdeckt und damit auch für die serbischen Behörden angreifbar.

So: nach dieser etwas überlangen Einleitung nun zum Bericht selbst:

ai über die rechtliche Grundlagen von politischen Prozessen

„Speziell im Kosovo wurde (nach 1990; Anmerkung TATblatt) in einzelnen Fällen §136 des Strafgesetzbuchs ("Vereinigung zum Zweck feindlicher Aktivitäten") angewandt, zum Teil in Verbindung mit §138 („Bestrafung der Vorbereitung"). Angesichts der zunehmenden Spannung gewann auch §116 (Gefährdung der Gebietsgesamtheit) an Bedeutung. An Stelle der früheren „verbalen Delikte" trat §218 des Serbischen Strafgesetzbuchs („Verbreitung falscher Informationen").

(...) Statt der Paragraphen des Strafgesetzbuchs wurden vermehrt aber auch die Bestimmungen des „Gesetzes über die öffentliche Ordnung" angewandt, nach denen Gemeindegerichte für Ordnungswidrigkeiten Haftstrafen von bis zu 60 Tagen verhängen können. Solche Haftstrafen wurden seit Ende 1990 gegen eine große Zahl von AlbanerInnen verhängt. Erst ab Juli 1993 spielten strafrechtliche Paragraphen wieder eine wichtigere Rolle."

(ai-Bericht Seite 7)

„Gegen Wehrdienstverweigerer wurde zumeist §214 StGB ("Nichtbefolgung einer Einberufung und Dienstentziehung") angewandt, der im Regelfall Haftstrafen von bis zu fünf Jahren vorsieht. Danach kann mit bis zu zehn Jahren bestraft werden, wer das Land verläßt oder im Ausland bleibt, um der Wehrpflicht zu entgehen. Nach §217 StGB („Eigenmächtige Abwesenheit und Fahnenflucht") drohen bei küzerer Abwesenheit im Land selbst Strafen von bis zu fünf Jahren. Wer das Land verläßt oder im Ausland bleibt, wird mit mindestens einem Jahr Haft bestraft. Die Höchststrafe beträgt in diesem Fall sogar fünfzehn Jahre. In Kriegszeiten oder wenn unmittelbare Kriegsgefahr besteht, können all diese Vergehen mit mindestens fünf Jahren Haft oder dem Tode bestraft werden.[1]

(...) Zwischen Sommer 1991 und April 1992 wurde in der Bundesrepublik Jugoslawien eine große Zahl von Männern angeklagt oder mit Anklagen bedroht, weil sie ihrer Einberufung nicht gefolgt bzw desertiert waren. (...) Trotz der hohen Zahlen an Kriegsdienstverweigerern scheint aber in wesentlich weniger Fällen, als zu erwarten war, ein Strafverfahren eingeleitet worden zu sein, und es ist bisher zu relativ wenigen Verurteilungen gekommen.

(...) Es gibt jedoch Indizien dafür, daß die eigentliche Prozeßwelle noch zu erwarten ist und möglicherweise erst nach Ende des Krieges beginnt, wenn mit angeblichen „Verrätern" abgerechnet werden soll. (...) In einem Interview mit der Zeitung „Borba" führt ein Militärstaatsanwalt am 11.März 1994 aus, daß gegen alle diejenigen, die Einberufungspapiere erhalten hätten und ins Ausland gegangen bzw. dort geblieben seien, Strafverfahren eingeleitet würden und das diejenigen, die aus Militäreinheiten desertiert seien, verfolgt würden und Haftstrafen von bis zu fünfzehn Jahren drohten."

(ai-Bericht Seiten 8 und 9)

ai über die Menschenrechtslage seit 1991

„Die Repression der staatlichen Behörden im Kosovo gegen Angehörige der albanischen Bevölkerungsgruppe ging auch nach dem Zerfall Jugoslawiens weiter. Wie bereits erwähnt ging die Zahl der politischen Prozesse (...) zurück. An ihre Stelle traten andere Repressionsformen.

Im Großen und Ganzen kann man drei Phasen unterscheiden: eine erste Phase, in

der die Behörden vor allem zum Mittel der Kurzzeitinhaftierung griffen; eine zweite Phase, in der es daneben immer häufiger zu Polizeiübergriffen — auch gegen völlig unpolitische Personen — kam, und eine dritte Phase, in der die Zahl politischer Prozesse wieder deutlich zunahm."

(ai-Bericht Seite 10)

ai über Mißhandlungen, Folter, Tod in der Haft

„Seit 1989 erhält ai regelmäßig Berichte über Polizeiübergriffe im Kosovo. Obwohl die Anzahl der Übergriffe immer schon sehr hoch war, mußte unsere Organisation seit Anfang 1994 einen noch deutlicheren Anstieg registrieren. Während sich die Übergriffe in der ersten Zeit vornehmlich gegen DemonstrantInnen richteten, die an nicht genehmigten Demonstrationen teilnahmen und manchmal auch in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt waren, hat sich der Schwerpunkt seit Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien auf Hausdurchsuchungen verlagert.

Daneben kommt es auch zu Übergriffen bei Straßenkontrollen. Besonders gefährdet sind politische AktivistInnen, LehrerInnen, Studierende, und Intellektuelle, doch werden auch häufig völlig unbeteiligte Personen Opfer von Übergriffen..

(...) Zu Hausdurchsuchungen kommt es fast täglich in ländlichen Gebieten und Gemeinden im Grenzgebiet, wobei die Art der Durchführung darauf schließen läßt, daß das Hauptziel solcher Maßnahmen die Einschüchterung der ländlichen Bevölkerung ist. Oft werden Türen aufgebrochen, die Einrichtung der Häuser beschädigt, die Anwesenden verprügelt, die Männer werden auch häufig für einige Zeit auf Polizeistationen gebracht. Die Verwundungen, die den Opfern zugefügt werden, sind meist schwerwiegend.

(...) Hier zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit, daß im Kosovo heute faktisch jeder Gefahr läuft, von der Polizei mißhandelt zu werden, auch wenn er/sie gar nicht politisch tätig wird

Nichts ungewöhnliches: serbische Polizisten verprügeln einen albanischen Demonstranten

(...) Von Zeit zu Zeit resultieren Mißhandlungen auch in Todesfällen. (...) Der letzte uns bekannte Fall war der Tod von Faik Maloku, der am 6.März 1994 von einem Polizeibeamten erschossen wurde, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß er seinen Personalausweis nicht vorweisen könne, weil er ihn nicht bei sich habe.

(...) Obwohl das jugoslawische Strafgesetzbuch die Mißhandlung von Gefangenen unter Strafe stellt und Jugoslawien auch entsprechende internationale Vereinbarungen unterschrieben hat, ist ai aus neuerer Zeit nur ein Fall bekannt, in dem Polizisten wegen Mißhandlung mit Todesfolge vor Gericht gestellt wurden."

ai zu Wehrdienstverweigerung

„Wie bereits ausgeführt drohen Wehrdienstflüchtigen in Jugoslawien Haftstrafen von bis zu fünfzehn Jahren, in der Zeit des Kriegszustandes in manchen Fällen sogar die Todesstrafe. Die Situation der Kosovo-Albaner ist insofern anders, als ai bisher nur sehr wenige Nachrichten über Prozesse und Verurteilungen vorliegen. Dagegen gibt es eine große Zahl von Berichten über Zwangsrekrutierungen, d.h. darüber, daß Polizei und Militär — häufig früh am Morgen — in die Häuser und Wohnungen von AlbanerInnen eindringen, nach jungen Wehrpflichtigen fragen, Einberufungsbefehle aushändigen und die Verwandten durch Drohungen einschüchtern. Viele BeobachterInnen glauben, daß der Zweck dieser Aktionen vor allem darin besteht, Albaner im wehrfähigen Alter einzuschüchtern und zum Verlassen des Landes zu bewegen. Die Einberufung (oder die Bestrafung wegen Verweigerung derselben) scheint dabei in vielen Fällen gar nicht beabsichtigt zu sein. Es gibt aber auch Beispiele, in denen junge Männer in Kasernen gebracht wurden, um dort den Militärdienst abzuleisten. (...) In vielen Fällen weiß die Familie nicht genau, ob der Verhaftete vor Gericht gestellt werden soll.

In neuester Zeit hat ai auch von einigen Fällen Kenntnis erhalten, in denen Albaner zu Haftstrafen verurteilt wurden.

(...) Die häufig von VertreterInnen der AlbanerInnen aber auch anderer Minderheiten erhobene Behauptung, Angehörige der Minderheiten würden in Jugoslawien häufiger zum Wehrdienst eingezogen als Serben und Montenegriner und im Falle einer Weigerung stärker verfolgt, ist schwierig zu beurteilen. (...) Die Angaben über Zwangsrekrutierungen, aber auch über erfolglose Versuche, Albaner zum Wehrdienst einzuziehen, erlauben letztlich keine quantifizierenden Aussagen.

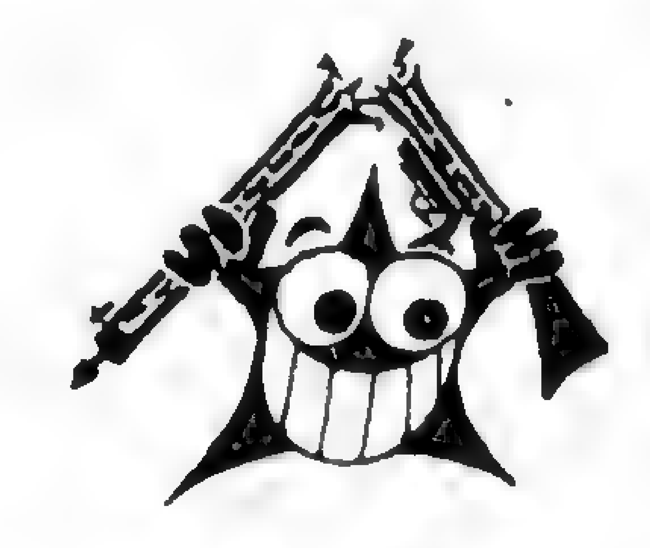
(...) Zuletzt sei noch auf den in der Vergangenheit häufig von albanischen Organisationen erhobenen Vorwurf eingegangen, albanische Soldaten würden diskriminiert und seien willkürlichen Übergriffen ausgesetzt, bis hin zur Behauptung, zahlreiche Albaner seien während ihres Wehrdienstes zu Tode gekommen. Die 1991 erschienene Dokumentation „Die Albaner in Jugoslawien" der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe enthält (...) eine Liste mit 63 albanischen Soldaten, die ermordet worden seien. ai kann entsprechende Berichte wegen der schlechten Informationslage[2] nicht überprüfen, will aber nicht ausschließen, daß es zu solchen Vorfällen gekommen ist. Angesichts der heutigen angespannten Situation dürfte sich die Lage der albanischen Wehrpflichtigen seit 1991 eher verschlechtert als verbessert haben."

Fußnoten:

[1] Formell besteht in (Rest-)Jugoslawien zur Zeit kein Kriegszustand. Weiters wurde die Todesstrafe für militärische Delikte abgeschafft. Dennoch gelten die verschärften Strafdrohungen noch immer für „Straftaten", die zur Zeit des offiziellen Kriegszustandes bzw. der „unmittelbaren Kriegsgefahr" (3.Oktober 1991 bis 22.Mai 1992) „begangen" wurden.

[2] „schlechte Informationslage": „Generell ist darauf hinzuweisen, daß die Beschaffung von Informationen aus dem Kosovo außerordentlich schwierig ist. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren hatte ai große Schwierigkeiten, Fälle von politischer Verfolgung zu recherchieren und war teilweise auf Veröffentlichungen in der offiziellen Presse angewiesen. Nach einer gewissen Besserung Ende der achtziger Jahre ist die Situation jetzt noch komplizierter, da Delegationen unserer Organisation seit längerem die Einreise in den Kosovo verwehrt wird. ai bezieht daher viele Informationen aus der albanischen Untergrundpresse und von örtlichen Menschenrechtsgruppen. Eine besondere Rolle spielt hier das in Pristina ansässige "Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten" (...), dessen Meldungen nach Überzeugung von ai zuverlässig sind."

(ai-Bericht Seite 10)



Die Deportation von Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien ist in Österreich Gang und Gäbe. Von Bedeutung ist dabei die sogenannte „Drittstaatenregelung" sowie eine internationale Vereinbarung, Deserteuren und Wehrdienstverweigerern nicht automatisch Flüchtlingsstatus zuzuerkennen.

Drittland ist jenes Land, in welchem sich der Flüchtling vor Betreten österreichischen Staatsgebiets zuletzt aufgehalten hat. Nach Meinung des Innenministeriums müßten Flüchtlinge jeweils dort einen Asylantrag stellen, wo sie zum ersten Mal sicher sind.

Im Falle der momentan inhaftierten Deserteure aus dem Kosovo sollen das Slowenien und Ungarn gewesen sein.

Kurz und gut: Weder Ungarn noch Slowenien sind „sichere Drittländer" (ebensowenig wie Österreich übrigens).

IRAK - 3 Jahre nach dem 2.Golfkrieg

Vor über drei Jahren war der imperialistische Krieg der USA gegen den Irak - vorbei ist er aber noch lange nicht. In 42 Tagen donnerten im Januar 1991 90.000 Tonnen Bomben auf den Irak, gezielt und massiv wurden zivile Einrichtungen zerstört. Der Krieg war ein imperialistischer Vernichtungskrieg gegen die irakische Bevölkerung, der immernoch auf einer low-intensity-Ebene mittels Saktionen fortgeführt wird. Der Krieg war ein Angriff auf die Existenz und das Leben der irakischen Bevölkerung - daran läßt selbst ein ehemaliger US-Justizminister, Ramse Clark, in seinem Buch "Wüstensturm" keinen Zweifel; noch im Juni 1992, mehr als ein Jahr nach der Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait, bombardierten US-Flugzeuge Getreidefelder in der Nähe von Mosul in Nordirak mit Brandbomben - nur ein Beispiel für den imperialistischen Vernichtungskrieg. Die "Neue Weltordnung" in der Golfregion heißt Pax Americana. Embargo und US-Flugzeugträger stehen für das, was die Sicherheitspolitiker in Washington "Dual containment" nennen: wirtschaftliche Isolierung und militärische Drohung gegenüber dem Irak und Iran. Drohungen in erster Linie nicht gegen die politischen Eliten dieser Länder - die Figur Saddam Hussein diente nur der allgemeinen Kriegsmobilisierung wie auch dem metropolitanen Umorientierungskurs intellektueller Ex-Linker -, sondern gegen die Klasse selbst. Den USA ging es nie darum, Saddam Hussein zu entmachten. So konzentrierten sie beispielsweise ihre Bombardements gegen Ende des Krieges genau auf jene sich zurückziehenden irakischen Truppeneinheiten, die dem Ba'th-Regime gefährlich werden sollten (die Politik der USA war **der** externe Faktor des Scheitens des Volksaufstandes vom März 1991, zu den internen Gründen des Versagens der irakischen Opposition siehe: blätter des iz3w Nr.185, Irak-Dossier.)

Der Krieg am Golf wurde meistens und sehr detailiert auf die Interessen der USA entschlüsselt. Jetzt ein kurzer Versuch, rückblickend das Kriegsinteresse der irakischen HERRschenden zu untersuchen. Denn die irakische Modernisierungsclique hatte ein handfestes Interesse, die soziale Blockade der Wertschöpfung im Irak mittels Krieg zu durchbrechen. Drei Jahre nach dem 2.Golfkreig zeigt sich dies überdeutlich: "Die verschwundenen Trümmer des Wüstensturms...Aufbruchstimmung, beflügelt vom Wirtschaftsembargo?" fragt die SZ vom 26.4.94. Und tatsächlich: "Bagdad drängt energisch aus seiner Isolation heraus"."Am Tigris lockt westliche Firmen wieder das 'große Geschäft'" (Handelsblatt, 9.5.94).

Ein Blick zurück in den Irak nach dem ersten Golfkrieg: Der Irak war eines der ersten Länder der Region, die unter dem Begriff der "Infitah" ("Öffnung",Liberalisierung) einen "umfassenden sozialen Angriff zur Intensivierung der Wertschöpfung"(1) starteten, um die tiefe Krise der Akkumulation zu bekämpfen. Die irakische Infitah "setzte mit dem Ende des Ersten Golfkriegs ein und suchte die sozialen Terraingewinne einer kriegsökonomischen Diktatur in die Demobilisierungsphase zu übersetzen. Kurz bevor 200.000 Soldaten auf den nationalen Arbeitsmarkt zurückzufluten begannen, wurde die quasi-staatliche Gewerkschaft aufgelöst, die mit der Industriebürokratie das alte Wertschöpfungsarrangement gesichert hatte. Zugleich beseitigte das Regime die Industriebürokratie staatsstreichmäßig: Über hundert Generaldirektoren wurden misamt ihren Stäben entlassen: Das Recht gewerkschaftlicher Organisierung wurde auf Betriebe mit über 50 Arbeitern im privaten Sektor beschränkt (mit insgesamt 8.000 Arbeitern eine verschwindend geringe Zahl der Mehrwertproduzenten; die Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter fiel von 1.75 Mio auf 7.794 im Jahre 1989!). Einen weiteren Schlag erhielt die Gewerkschaft mit der Erweiterung von Befugnissen, die einen freien Arbeiterimport aus anderen arabischen Ländern des Arabischen Kooperationsrats erlaubten. Die Deregulierungspolitik verstärkte auch den Wertschöpfungsdruck auf die Beschäftigten im Agrarsektor mit seinem hohen Anteil an Staatsfarmen (über 50% des bearbeiteten Bodens), die zusammen mit den Betrieben zügig privatisiert wurden, und setzte Arbeitsmarkt und Löhne insgesamt weiter unter Druck. Zugleich wurden die Preisbindungenen für Grundnahrungsmittel gelockert."(2)

Diese umfassende Modernisierung schien aber nicht die Akkumulationsblockade vollends beseitigen zu können, die Annexion Kuwaits hätte der irakischen Elite den wichtigsten Gläubiger vom Hals geschafft und einige Ölfelder mehr eingebracht, bei dem 2.Golfkrieg traffen sich aber darüber hinaus die Interessen der irakischen mit denen der (US)-imperialistischen HERRschenden in dem Containment der unkontrollierbaren Unterklasse. Jede Behauptung einer Interessensidentität von arabischen Unterklassen und Saddam Hussein, wie es beispielsweise Karam Kellah vertrat, war und ist eine gefährliche Propaganda und verstellt nur den Blick auf den sozialen Antagonismus (nicht nur) in diesem Land. Die Invasion in Kuwait sollte dem irakischen Regime die Liquidität verschaffen, um die Modernisierungspolitik sozial-imperialistisch für die "eigene" Bevölkerung abzufedern - denn selbst der gewaltig aufgeblähte Staatssicherheitsdienst *muchabarrad* hätte die Unterklasse sowie die peripheren Aufstände nicht aufhalten können. Nachdem die US-Diplomatie jedoch ihr Versprechen, bei einer Annexion Kuwaits nicht zu reagieren, nicht einhielt und die "Krise" zum Krieg eskalierte, nutzte der Irak diesen imperialistischen Krieg, um in der Kriegsökonomie umfassende soziale Rationalisierungen durchzuführen. Auch hier: Krieg als anderes Mittel der Umsetzung von Austeritätspolitik und weitreichender Umstrukturierung. Richtlinie hierfür ist die Definition Saddam Husseins vom ba'thistischen "Sozialismus":

"Sozialismus bedeutet nicht die gleichmäßige Verteilung von Reichtum unter den Armen, denen alles genommen wird, und den Reichen, die sie ausbeuten; das wäre zu unflexibel. Sozialismus ist ein Mittel, um die Produktivität zu steigern und zu verbessern."(3) So nutze das Ba'th-Regime auch den imperialistischen Krieg, um eine Kriegswirtschaft zu installieren.

Gleichzeitig dient(e) die aggressiv-imperialistische Politik der USA den irakischen HERRschenden, mittels volks- und opfergemeinschaftsbeschwörender Rhetorik eine "Gürtel-enger-schnallen"-Politik und eine Politik der - Klassenwidersprüche überdeckenden - "nationalen Einheit gegen den US-Imperialismus" als Waffen im sozialen Krieg aufzufahren.

Die irakische Elite hatte allen Grund dazu: nach dem ersten Golfkrieg standen ein Viertel der vier Millionen Arbeiter des Irak unter Waffen, in den unteren Rängen des Militärs brodelte es, die Desertation nahm bis zum Überfall auf Kuwait sprunghaft zu, horrende Preise der Grundnahrungsmittel, die jederzeit einen Aufstand hätten auslösen können und auf dem Hintergrund der Brotrevolten in Ägypten, Algerien, Tunesien, Marokko immer als mögliche Auslöser sozial-revolutionärer Erhebungen zu werten sind, verschärften die Situation.

Doch die Führung im Irak täuschte sich, im Krieg ließen sich nicht die Widersprüche übertünchen, im Gegenteil: sie fanden ihre Zuspitzung zum Aufstand im Süden, wie im Norden und in den Städten.

Die Niederschlagung dieser Erhebungen gelang mit der unausgesprochenen Unterstützung der USA.

IRAK HEUTE - ZWISCHEN EMBARGO UND KAPITALINTERESSEN

Der Irak, der hinter Saudi-Arabien das Land mit den zweitgrößten bekannten Erdölvorkommen ist, befindet sich im vierten Jahr der UNO-Sanktion; und sämtliche Wirtschaftsexperten, die das Land jetzt besuchen, kommen nicht darum herum, die erstaunliche Aufbauarbeit und das beeindruckend effiziente Krisenmanagement des Ba'th zu loben.

Opfer dieser Entwicklung sind die zwanzig Millionen IrakerInnen - im besonderen aber die 4 Millionen Menschen, die im "autonomen" irakischen Kurdistan unter doppeltem Embargo - von der UNO und vom Irak - leben müssen.

"Während sich die Löhne seit 1990 nicht einmal verdoppelt haben, kostete im Juli 1993 ein Lebensmittelkorb zur Ernährung einer sechsköpfigen Familie 5400 Dinar, gegenüber 110 Dinar vor dem Krieg." Auch ist ein Monatslohn "mit dem Kauf von ein paar Kilo Reis bereits aufgegessen".(4) Die irakischen Eliten jedoch sehen einer rosigen Zukunft entgegen, ein Professor Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, berichtet: *"Erlebt der Irak eine Zäsur in seiner neueren Geschichte? Dieser Eindruck drängt sich dem Besucher heute in Bagdad auf. In der 'neuen Weltordnung' des Regimes steht die wirtschaftliche Entwicklung ganz oben auf der Tagesordnung. Dabei hat die Suche nach Partnern längst begonnen. Amerikanische Geschäftsleute, die sich in Bagdad in der letzten Zeit aufgehalten hätten, so General Rashid, dessen Behörde - trotz ihrer militärischen Bezeichnung - vor allem für die Beschaffung ziviler Ausrüstungsgüter auf allen Gebieten der Wirtschaft zuständig ist, schätzt das Volumen des irakischen Bedarfs für die nächsten Jahre auf etwa 50 Milliarden Dollar."*(5) Und es steht auch schon Kapital in den Startlöchern, um beim Run auf das Land, das etwa 10% der Weltölreserven hat und dessen Verbindung von Ölreserven und "human resources" eine große Attraktivität für das Kapital darstellt, anzutreten. Die französischen Firmen "Total" und "Elf Aquitaine" beispielsweise haben mit Bagdad bereits eine künftige Zusammenarbeit ausgehandelt. Spanische, brasilianische, kanadische, britische, amerikanische und auch deutsche Unternehmen zeigen großes Interesse an neuen Geschäften. An erster Stelle steht jedoch die Türkei, Ciller plädierte vor der UNO für die Aufhebung der Sanktionen. Das Embargo habe der Türkei bereits Verluste von 22 Mrd.$ zugefügt. (Handelsblatt, 9.5.94)

Dem steht die Hungerpolitik der USA/UNO entgegen: Die Kindersterblichkeit hat sich seit Ende des Golfkriegs verdreifacht, jedes sechste Säugling kommt mit einem Gewicht von unter 2,5 Kilogramm zur Welt (taz, 22.7.93). Noch ist die US-amerikanische Politik des containment mittels Hungerpolitik und auf low-intensity gehaltener bevölkerungsökonomischer Vernichtung vorherrschend. Hand in Hand geht dies jedoch mit folgender Entwicklung: "Verhandlungen zwischen Vertretern der US-Erdölmultis und der staatlichen irakischen Ölgesellschaft über neue Bohrungen haben jedenfalls bereits stattgefunden, und in Bagdad werden jetzt schon neue Hotels hochgezogen, um für den nächsten Goldrausch bereit zu sein." (6)

Die irakische Klasse ist aber aufgrund des Embargos, Nahrungs- und Medikamentenverknappung und Epidemien in einer Lage, aus der heraus sich nur schwer Widerstand gegen den Ausverkauf der Ressourcen, der industriellen und natürlichen Kapazitäten organisieren läßt.

Anmerkungen:

(1) Detlef Hartmann - Welcher Krieg ?, aus: Jörg Später - Alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten, iz3w.1994

(2) s.o.

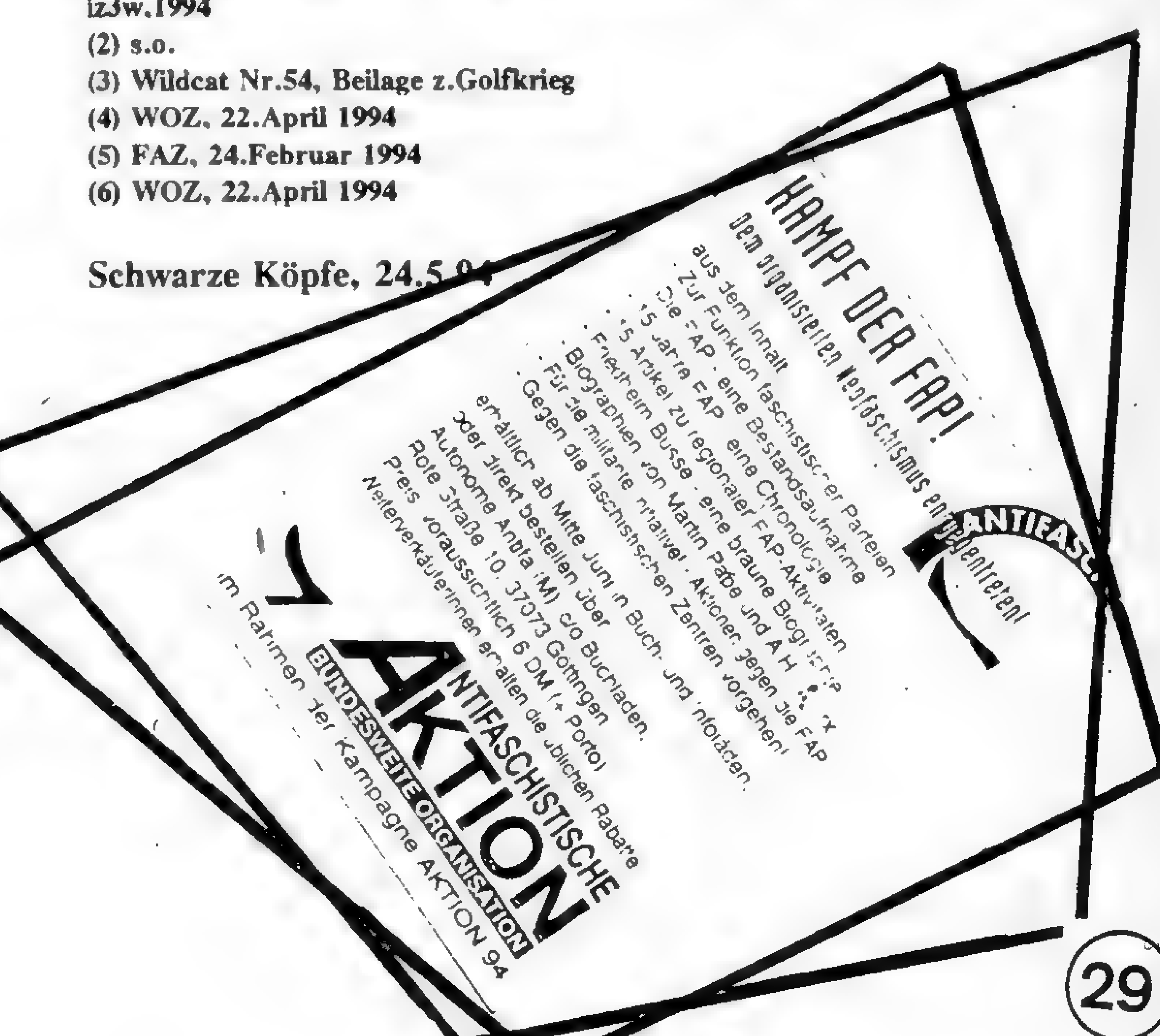
(3) Wildcat Nr.54, Beilage z.Golfkrieg

(4) WOZ, 22.April 1994

(5) FAZ, 24.Februar 1994

(6) WOZ, 22.April 1994

Schwarze Köpfe, 24.5.94





Aktualität und subjektive „Irgendwie-Verbundenheit“ mit dem Nachfolgestaat der „Oktoberrevolution“ zwingen unseren Blick immer wieder auf Geschichte und weitere Entwicklung der ehemaligen UDSSR. Obwohl für die autonome Linke das Gesellschaftsmodell des realen Sozialismus nie die positive Utopie wie für andere darstellte, so ist auch sie seit dem endgültigen Scheitern des Sowjetmodells mit dem Gefühl von Lähmung und Hoffnungslosigkeit sogen. „linker Teile“ der Gesellschaft konfrontiert: egal wie real oder irreal dieser „Sozialismus“ auch immer war, allein seine Existenz schien zumindest die Illusion einer anderen „besseren“ Welt jenseits der versteinerten hiesigen Verhältnisse zu nähren. Zudem wissen wir nicht erst seit der „Ästhetik des Widerstands“ von P. Weiss, wie eng das Schicksal des radikalen Widerstandes in Westeuropa gegen den Faschismus mit den Auswirkungen des Stalinismus verbunden war.

Auf der Suche nach Aufarbeitung des geschichtlichen „Kolosses“ UDSSR und Annäherung an die derzeitige Situation der Nachfolgeländer bin ich so nicht ganz zufällig auf das Buch gestoßen, um das es hier geht. Die „Autonomie“-Vergangenheit der Autoren des Materialienbandes „Das Endes des sowjetischen Entwicklungsmodells“ machte mich neugierig auf eine andere Perspektive zur Interpretation als die uns alltäglich in den Medien präsentierte. Es geht in dem Buch um die grundsätzliche Konfrontation zwischen HERRschenden und BeHERRschten. Nicht die strukturellen Mängel des Sowjetsystems, sondern die Widerständigkeit der Menschen gegen die HERRschaftsform des realen Sozialismus hat ihn letztlich zu Fall gebracht, so die Grundthese der Autoren.

Mitzuerleben, wie Stück für Stück der Mythos UDSSR abgearbeitet wird, hat mir die Motivation gegeben, mich durch das Buch zu graben. Dies war nicht immer einfach-der oft schwer verständliche soziologische Sprachgebrauch, einiges an Wiederholungen und zuviel statistisches Material im zweiten Teil legten mir manche Steine in den Weg. Am Ende der 320 Seiten fällt einem jedoch der Abschied von einem Modell, das, so real es war, real keins war, nochmals leichter und der Einstieg in die gegenwärtige Situation der Menschen in den Nachfolgestaaten einfacher. Grund genug, den Band hier mit Inhaltsangabe und Schlußbesprechung vorzustellen.

„Oktoberrevolution“ als „Counterprogramm“

Gleich der erste des sich in drei Hauptteile gliedernden Buches räumt rigoros mit der herkömmlichen Vorstellung der sogen. „Oktoberrevolution“ auf: *„Die Revolution aus den Dörfern war eine vollendete Tatsache, bevor der Oktoberaufstand begann. Sie war nicht nur eine entscheidende Vorraussetzung seines Erfolgs, sie übertrug ihre Kampfinhalte durch die vielfältigen Zirkulationsformen zwischen Dorf und Arbeiterklasse auch in die Radikalisierung des Fabrikproletariats hinein.*(S.13)“ Mehr noch, die von den Bolschewiki angeführte „Oktoberrevolution“ war der Beginn eines „Counterprogramms“, gemanagt von einer neuen Männerelite, gegen einen *„homogenen revolutionären Prozeß“*(S.57), durch den mit Rußland 1917 der gesamte Gürtel von Finnland über das Baltikum und Polen bis in den Balkan in Flammen stand und der vom Land aus die alte Ausbeutungsordnung hinwegfegte, so die Autoren. Die revolutionären Ereignisse des Vormärzes in den entwickelten Ländern des Westens finden im zweiten Jahrzehnt des 2o. Jahrhunderts ihre zugespitzte Fortsetzung in der sogen. „Peripherie“ Ost- und Südosteuropa, das zu dem Zeitpunkt ähnlichen Ausbeutungsverhältnissen wie heute die Länder des Trikonts unterlag. Der Befreiungskampf kannte keine nationalen Grenzen und war entscheidend von Frauen getragen. Der erste Weltkrieg sollte dagegen den revolutionären Prozeß wieder nationalistisch einbinden, die BäuerInnen mit der Forderung „Mehr Getreide fürs Vaterland“ wieder aufs Feld treiben. Zudem führte er zu moderneren, der Zeit angepaßten Herrschaftsformen. Der Kaiser, der Zar gingen- die Sozialdemokraten, die Bolschewiki kamen.

Die oft als Anekdote beschriebene deutsche Hilfe bei der Rückkehr Lenins nach Rußland verliert nach dem Lesen dieses geschichtlichen Rückblicks ihre Zufälligkeit. Lenin wird hier als glühender Verehrer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Kriegswirtschaft charakterisiert: *"'Lerne vom Deutschen'- Leninss simple Dauerparole - hieß: lerne strengste Disziplin, Kontrolle, Rechnungsführung. Lerne im Krieg hieß:'Lernt vom Deutschen Disziplin, die musterhaft ist, die Unterordnung.'Lerne dies zur Verwandlung der ganzen Gesellschaft in eine einzige große Maschine'(S.63)"* Ein alter Gefährte Lenins, der Rechtsbolschewik Krassin, setzt die ideelle Verbindung zur deutschen Wirtschaftsmaschine materiell um. Schon vor der Revolution Agent und Vertreter von Siemens in St. Petersburg, *„mobilisierte (er) im Frühjahr 1918 ohne Mühe seine Beziehungen zum Management der führenden deutschen Monopole(u.a. auch zur AEG) und entwickelte mit dem die deutsche Industrie vertretenden Stresemann ein langfristiges Rahmenkonzept für Handel und Investitionen...(S.62)“*

Sozialer Krieg gegen die Bevölkerung

Innenpolitisch setzt sich diese Haltung der Bolschewiki sofort nach der Machtergreifung in die Weiterführung oder gar Verschärfung des sozialen Krieges gegen die tendenziell basiskommunistischen Strukturen der größtenteils bäuerlichen Gesellschaft in der UDSSR um. Die Zwangseinziehung von Nahrungsmitteln und Getreide sowie die kostenlosen Hand- und Spanndienste zugunsten des Staates werden beibehalten, noch im Revolutionsjahr wird neben dem bäuerlichen Arbeitsdienst die Rückverwandlung der Kollektivverwaltung in Parzelleneigentum nach sexistischen Leistungsgrößen(Mann: x1/ Frau: xO.8/ Junge mit 16-18Jahren: xO.75/ Mädchen: xO.6) projektiert.

Der Haß der neuen Machthaber auf die bäuerlichen Strukturen rührt nach Meinung der VerfasserInnen u.a. daher, daß von dort die *„ArbeiterbäuerInnen“*(S.64) kommen, der in ihren Augen undiszipliniertesteTeil des zu entwickelnden Industrieproletariats. Diese Frauen und Männer führten die schlecht bezahltesten „einfachen“Tätigkeiten aus, kamen und gingen dafür aber auch, wann sie wollten(weil ihnen ihr Dorf als Rückzugs- und Ernährungsmöglichkeit blieb oder weil sie einfach die Fabrik wechselten) und brachten vom Land ihre Widerständigkeit und Radikalität mit in die Fabrik.

Ihnen und der Sozialstruktur ihrer Herkunft gilt die Drohung des Sanierers Lenin, die nochmals wie ein Schlaglicht das grundsätzliche Wesen der „Oktoberrevolution“ erhellt: als anderes, staatlich gesteuertes Entwicklungsmodell eines patriarchalen Kapitalismus, nicht als das eines basiskommunistischen Prozesses: *„Wir hatten 4o ooo Arbeiter in den Putilow-Werken, aber die meisten von ihnen waren „zeitweilige“ Arbeiter, keine Proletarier, unzuverlässige schlappe Menschen. Jetzt sind es nur noch 15 oooo, aber das sind Proletarier, im Kampf erprobt und gestählt. Eben diese Avantgarde der Revolution - in Petrograd wie im ganzen Land - muß den Kampfruf ertönen lassen, muß sich als Masse erheben...zu einem großen Kreuzzug gegen alle, die die strenge staatliche Ordnung bei Beschaffung, Zufuhr und Verteilung des Brotes für Menschen und des Brots für Maschinen stören“*(S.65).

Vom Arbeitslager zum historischen Kompromiß

Der zweite Teil des Buches - mit seinen 184 von insgesamt 32o Seiten mit Abstand der umfangreichste - beschäftigt sich entsprechend dem Titel mit der jüngeren Geschichte der ehemaligen UDSSR- von der gesellschaftlichen Situation unter Breschnew bis hin zum August Putsch 91 mit seinen Folgen. Die Autoren unterteilen selbst das Ganze nochmals in sieben Einzelkapitel:
- im ersten geht es um Widerständigkeit und „Klassenkampf“ besonders in der Breschnew-Ära, die die Modernisierung der Ausbeutungsverhältnisse zugunsten der sowjetischen Herrschaft entscheidend blok-

kierte - im zweiten um die Bedeutung des „kalten Krieges" für die Wirtschaft - im dritten um Hintergründe und Wesen der Perestroika - im vierten um die Explosion gesellschaftlicher Kämpfe in Form von ArbeiterInnenstreiks, Hunger-, Jugend- und Knastrevolten sowie der nationalen Befreiungsbewegungen vor allem unter Gorbatschow - im fünften um den August -Putsch in seiner Funktion für die Neuordnung der bereits verfallenden Sowjetunion - im sechsten um die Situation der Frauen - im siebten um Thesen zu den sogen. „Nationalitätenkonflikten" in der Endzeit der SU.

Ich möchte in der nun folgenden kurzen inhaltlichen Skizzierung nicht auf alle Punkte eingehen - zumal gerade in diesem Teil Wiederholungen, ausufernde aufzählungen verschiedenster Revolten etc. sowie ein Zuviel an statistischem Material beim Lesen desöfteren Langeweile erzeugt -, aber trotzdem versuchen, im Sinne der Autoren das dargelegte Wesen des „Klassenkampfes" bis zum Ende der UDSSR zu verdeutlichen sowie ein paar Fakten aus dem „Kapitelchen" zur gesellschaftlichen Rolle der Frauen weitergeben.

Vorweg die für meine Begriffe Kernthese des Buches: die kapitalistisch imperialistische HERRschaftsform des realen Sozialismus ist letztlich nicht an ihren eigenen unzulänglichen Strukturen gescheitert, sondern an den dieser HERRschaft gegenüberstehenden „sozialen Subjekten", die auf die für das



In den Slums von Baku

Überleben des Sowjetsystems notwendigen Verschärfung ihrer Ausbeutung keinen

Bock hatten: *„Die allgemeinen Eigenschaften der Arbeiter, deren Persönlichkeitsstrukturen in den letzten Planjahrfünften geprägt wurden, sind eine niedrige Arbeits- und Produktionsdiziplin, verbreitete Indifferenz, eine geringe Arbeitsqualität, gesellschaftliche Inaktivität, eine ausgesprochene Konsum-Mentalität und eineniedrige Moral. Zu erwähnen wären noch weitverbreitete Diebstähle, alle Arten von Schwarzmarktgeschäften auf Kosten der Gesellschaft und eine Lohnanspruchsmentalität ohne Rücksicht auf erbrachte Leistung"*(S. 1o8) so beschreibt die russische Soziologin und Perestroika Vordenkerin T. Saslawskaja die Mentalität der sowjetischen ArbeiterInnenschaft, an der ihre HERRschaft bis ans Ende ihrer Tage verzweifeln sollte.

Nach den Jahrzehnten der stalinistischen Zwangsarbeitslager und der Mobilisierung über den „großen vaterländischen Krieg" gegen den deutschen Faschismus kündigen Streiks und Revolten in den Lagern während der 50-iger Jahre davon, daß diese verschärfte Form der Ausbeutung gegen die Bevölkerung nicht mehr durchsetzbar ist. Unter Chrustschow und mehr noch unter Breschnew entwickelt sich sowas wie ein „soziales Patt" oder ein „historischer Kompromiß", der für die Bevölkerung zwar einen niedrigen Lebensstandard mit allerdings steigender Tendenz, dafür aber hohe soziale Sicherheit mit geringen Arbeitsdruck brachte. Aus den 70-iger Jahren beispielsweise nennt das Buch Zahlen, nach denen 15-20% der Schicht- und 10% der normalen Arbeitszeit durch Blaumachen und Bummelei verloren gehen. Eine hohe Rate von Arbeitswechseln, Alkoholgenuß, Diebstählen, Mißachtung der Betriebsvorschriften etc. tun ein übriges, um das „Selbstbestimmungsrecht" über die Intensität der Produktion weitestgehend in den eigenen Händen zu behalten.

Rebellion gegen Perestroika

Das Ziel der Perestroika ist es - vereinfacht gesagt -, damit endlich Schluß zu machen; die Bestimmung über die Produktivität wieder von den Herren in den Fabriken bestimmen zu lassen durch: *„...betriebliche Rentabilitäts- und Effizienzmaßnahmen, Lohndifferenzierung, Kopplung von Leistung und Lohn,, Drohung mit Arbeitslosigkeit. Dekretiert wurde diese Maßnahme im staatlichen Produktionssektor durch die Einführung der sogen. „wirtschaftlichen Rechnungsführung" und „voller ökonomischer Selbstständigkeit"(chrosrastschot) und außerhalb dieses Sektors durch die Legalisierung und Förderung bestimmter Formen privatwirtschaftlicher Tätigkeit"*(S.153).

Im sozialpolitischen Bereich wird begonnen, die soziale Existenzgarantie, die jeder, jedem unabhängig von einer Stelle auf dem offiziellen Arbeitsmarkt das Überleben sicherte, Stück für Stück zu demontieren: *„Sozialpolitik muß heute die direkte Fortsetzung von Wirtschaftspolitik sein. Sie muß also in erster Linie die Wirtschaftspolitik unterstützen, besser gesagt, die Interessiertheit der Arbeiter an der höchsten Arbeitsproduuktivität steigern...*(S.160)" sagt dazu die bereits zitierte Saslavskaja und bringt damit unmißverständlich die kapitalistische Zielsetzung der Reformpolitik Gorbatschows zum Ausdruck.

In der Breschnew-Ära hatten die HERRschenden bewußt Abstand vom Abbau sozialer Absicherungen genommen, weil sie als Antwort darauf Revolten der Bevölkerung befürchteten. Zu diesen kommt es nun in explosionsartiger Verdichtung während der Perestroika. Die sogen. „Frühjahrsunruhen" im Jahre 91 als Höhepunkt der sozialen Rebellion mit Streiks in ungefähr 200 Zechen und vielen anderen Betrieben, gekrönt von dem unter Beteiligung von gut 40 Millionen Menschen durchgeführten unionsweiten Generalstreik am 26.4.91 gegen die soziale Verelendung und das sie verantwortende Regime, brechen Gorbatschow den Hals.

Mit dem Augustputsch 91 begeben sich die alten Herren des real gescheiterten Sozialismus in ihre vorläufig letzte Schlacht. Sie wollen mit einem Notstandsregime die staatliche Kontrolle über die Revolten im Innern zurückgewinnen - notfalls mit Waffengewalt. Wie bekannt, schlägt das Unternehmen fehl, wobei die Hintergründe dafür nach Meinung der Autoren immer noch *„in einem rätselhaften Dunkel"* verbleiben. *„Der Angriff des demokratisch geliften Staatssozialismus((Perestroika) auf die Gesellschaft zur Überwindung der Modernisierungs- und Verwertungsblockade ist damit beendet, der autoritär-nationalistische beginnt"*, bilanzieren sie auf S.95 die Putschtage. Die aktuelle Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen UDSSSR scheint ihnen Recht zu geben.

Taschengeld fürs „Söhnchen"

Knapp 15 Seiten widmen die Autoren der „Dialektik von Unterwerfung und Widerständigkeit - Thesen zur Situation sowjetischer Frauen". Sie wirken ein wenig „angeklatscht", insofern gerät auch diese kurze inhaltliche Wiedergabe so ein bißchen „zwischen die Stühle" - keinem der Hauptteile zuordbar.

Die Autoren unterscheiden zwischen der Lage der Frauen im europäischen und im zentralasiatischen Teil der ehemaligen Sowjetunion. Die einen -ähnlich wie die Frauen in anderen metropolitanen Ländern - erlebten, wie die alten patriarchalen Strukturen allmählich von neuen moderneren überlagert werden, die anderen sehen sich, wie die Frauen in den islamischen Ländern - gezwungen, gegen die erneute Verfestigung alter herkömmlicher patriarchaler Strukturen anzukämpfen.

In der damaligen europäischen Sowjetunion machten die Frauen schlichtweg alles. Weit über 90% hatten eine offizielle Anstellung in der Industrie, in Baubetrieben, im Kaufhaus usw. Sie leisteten körperliche Schwerstarbeit im Straßenbau, in der Holzindustrie oder in der Landwirtschaft; in der Nachtschicht fanden sich zu zwei Drittel Frauen, weil ihnen so am Tag Zeit blieb für die Reproduktionsarbeit und weil die Männer keinen Bock auf Nachtschicht hatten. Zu Hause warteten die Kinder, da *„es entgegen aller gängigen Klischees lediglich für 45% der Kinder im Vorschulalter Kindergartenplätze...(S.241)"* gab und der Haushalt, dessen Organisierung im ständigen Mangel viel Zeit und Cleverneß vorraussetzte. Lohnen taten es die Patriarchen natürlich nicht, als *„strategischen Rohstoff"*(S. 237) betrachtet, fand sich kaum eine Frau in der hohen Politik oder in den Chefetagen großer Betriebe wieder und ihre Bezahlung lag im Schnitt 30% unter der von Männern. Allerdings hatte die „totale Ausbeutung" auch Konsequenzen für die Stellung der Männer im Alltagsleben der sowjetischen Gesellschaft: *„Die Kehrseite dieser patriarchalen Zurichtung ist ein enormer Kompetenz- und Machtzuwachs der Frauen. Ihre Präsenz in den Arbeitskämpfen korreliert mit ihrer Stellung im Produktionsbereich, und ihre Zuständigkeit für Familienbudget und Nahrungsmittel sichert ihnen die Position des uneingestandenen Familienoberhaupts; nicht zufällig ist eine beliebte Rufform für den Ehemann „Sohn" oder „Söhnchen", und normalerweise fordern (...) die Frauen kategorisch das ganze Geld, das ihr Mann verdient"*(S. 242).

Zudem verweigerten immer mehr Frauen die Arbeiten für „Haushalt und Familie": - *„die Zahl der Scheidungen in den Großstädten schnellte hoch auf mehr als 50%..."*(S. 243), wobei zu 70% die Initiative dazu von der Frau kam -ca 90% aller Erstlingsschwangerschaften in der ehemaligen Sowjetunion wurden abgebrochen -über eine Million Kinder wurden Ende der 80-iger Jahre einfach ausgesetzt.

Dorfgemeinschaft gegen bolschewistische Herrschaft

Die Landbevölkerung machte 1917 80% der sowjetischen Gesamtbevölkerung aus. So gibt folgenchtig der letzte Teil des Buches unter dem Titel „Landbevölkerung gegen sozialistische Rationalität" einen historischen Abriß der sozialen Verhältnisse und Auseinandersetzungen auf dem Land.

Als die bolschewistischen Herren 1917 an die Macht kamen, trafen sie auf bäuerliche Dorfgemeinschaften, die - erprobt in zahllosen Aufständen gegen das Zarentum - die Verteilung und Bearbeitung des Bodens längst in ihre eigene Hände genommen hatten: *„Dem sich in Familien- und Dorfzusammenhängen bildende Normengefüge und Gerechtigkeitssinn folgend, teilten sie nun das enteignete Land in Parzellen auf. Diese Parzellen sowie das Vieh und die Geräte wurden von den Dorfgemeinschaften gemeinsam genutzt oder an die Höfe der einzelnen Familien verteilt: „Die Zuteilung der Bodenanteile an die einzelnen Höfe richtete sich nach Zahl der Esser oder der Arbeitskräfte, wie es den örtlichen Gepflogenheiten gerade entsprach, und häufig folgte der Aufteilung des Gutslandes eine Neuverteilung des Obscina(= Dorfgemeinschaft)- Landes auf den Fuß. Allgemein und unübersehbar war jedoch die Nivellierung der Besitzverhältnisse innerhalb der Obscina: Die großen Höfe verschwanden, und viele landlose Wirtschaften bekamen Boden"... Die von allen DorfbewohnerInnen gemeinsam auf ihren Dorfversammlungen getroffenen Entscheidungen schienen ihnen klüger und gerechter als die Anweisungen der von den Bolschewiki eingesetzten Dorfsowjets, Parteifunktionäre und Gutsverwalter, die als die roten Barone begriffen wurden, Die Dorfgemeinschaften waren die soziale Macht in den Dörfern, undurchdringlich für den Staat, und sozialer Rückhalt, wenn es z.B. um die Höhe der Aufkaufpreise von landwirtschaftl. her Produktion ging"*(S. 277). Hier trifft nationalstaa .che Macht von oben auf soziale Gegenmacht von unten; dieser grundsätzliche Widerspruch führte zu einem regelrechten Kriegsverhältnis gegenüber den BäuerInnen und spielte so bei allen noch folgenden agrarpolitischen Maßnahmen eine Rolle.

Stalin zerschlägt bäuerliche Struktur

Aber erst unter Stalin gelingt es der Partei, die kollektiven Strukturen der BäuerInnen zu erschüttern. Ab 1929 wird der Boden verstaatlicht, 1930 das erste Musterstatut für eine Kolchose aufgestellt: der formelle Beginn der Industrialisierung von Landwirtschaft. Zudem wird von den Dorfgemeinschaften erneut Getreide zwangseingetrieben, nachdem diese Maßnahme 1921 aufgrund massiver Unruhen zurückgenommen und in eine Naturalsteuer umgewandelt worden war. Die Reaktion der BäuerInnenschaft ist heftig: vor allem die Frauen sind es, die sich als „Bab i Buntyy" ="Weiberaufruhr" zusammenrotten, staatliche Getreidelager plündern und mit Sensen, Sicheln, Mistgabeln usw. Vertreter der Staatsmacht angreifen. Es entsteht eine regelrechte Landguerilla, mehrere hundert Funktionäre werden zur Verantwortung gezogen und hingerichtet, Kolchosebesitz wird zerstört. Infolgedessen gestehen die Machthaber den Dorfgemeinschaften private Nebenwirtschaft zu, das Kolchossystem bekommt den bis heute erhaltenen Mischcharakter von Privat- und Staatswirtschaft. Dennoch bezahlt die bäuerische Bevölkerung die Zerschlagung ihrer sozialen Struktur teuer. Im harten Winter 32/33 verhungerten mindestens 5 Millionen Menschen(manche Quellen sprechen von 20 Millionen!), weil das unerprobte Kolchossystem nicht funktionierte und selbst Notvorräte eingezogen worden waren.

Im zweiten Weltkrieg verdreht der Stalinismus die Lage der BäuerInnen geradezu ins Perverse, wenn er sie hungernd dafür sorgen läßt, daß im Zeitraum vom 1.1.1940 bis zum 22.6.1941 1,4 Millionen Tonnen Getreide ins faschistische Deutschland exportiert werden können und somit die SU im JJahre 40 zu Deutschlands wichtigstem Getreideimporteur aufsteigt.

Erst unter Breschnew verändert sich die Situation der Landbevölkerung wieder spürbar zu ihren Gunsten. Wurden sie noch bis Chrustschow mit Naturalien bezahlt, so erhalten sie nun einen garantierten geldlichen Minimallohn, der sich je nach Produktivität erhöhte. Dazu kamen ab 66 Minimalrente und Sozialleistungen, so daß insgesamt der Kolchosniki mit der Subsistenz durch den eigenen privaten Hof oft besser als der Städter lebte.

Ohne antipatriarchalen Standpunkt

Als Mann die abschließende Kritik zu führen, geht nicht, ohne klar zu machen: Wenn ich hier die mangelhafte Einbeziehung eines antipatriarchalen Standpumktes vermisse, muß ich gestehen, daß ich im Verein mit anderen Männern bei so einem Werk wahrscheinlich ähnliche Probleme gehabt hätte; zumal die Diskussion unter Männern an diesem Punkt in den letzten Jahren kaum erkennbare Schritte nach vorne gemacht hat. Dennoch setzen die „Autonomiemänner" für meine Begriffe ihre alte Linie zu bruchlos fort, um darüber nicht einige Worte verlieren zu müssen. Wie gehabt - als habe es die Diskussion um die „heilige Dreifaltigkeit von Sexismus, Rassismus und Kapitalismus" nie gegeben - arbeiten die Autoren mit dem Instrumentarium des sogen. „Hauptwiderspruchs", das Wort „Klassenkampf" taucht im Text immer wieder auf. So erscheint es folgerichtig, daß die Situation der sowjetischen Frauen mal irgendwie und irgendwo mit 15 Seiten abgehandelt wird. Natürlich lassen sich immer Sachzwänge wie z.B. der Mangel an diesbezüglichen Sekundärquellen benennen, welche einem Sachbuchprojekt wie diesem - das rein auf Sekundärquellen aufbaut - die Aufarbeitung der Materialien von einer „antipatriarchalen" Perspektive aus erschweren. Doch wenn dies gewollt worden wäre, hätten die Autoren das zumindest als grundsätzliches Problem für ihre Arbeit benannt.

Insofern bleibt das Gefühl, daß sich die Verfasser dazu zu wenig oder gar keinen Kopf gemacht haben.

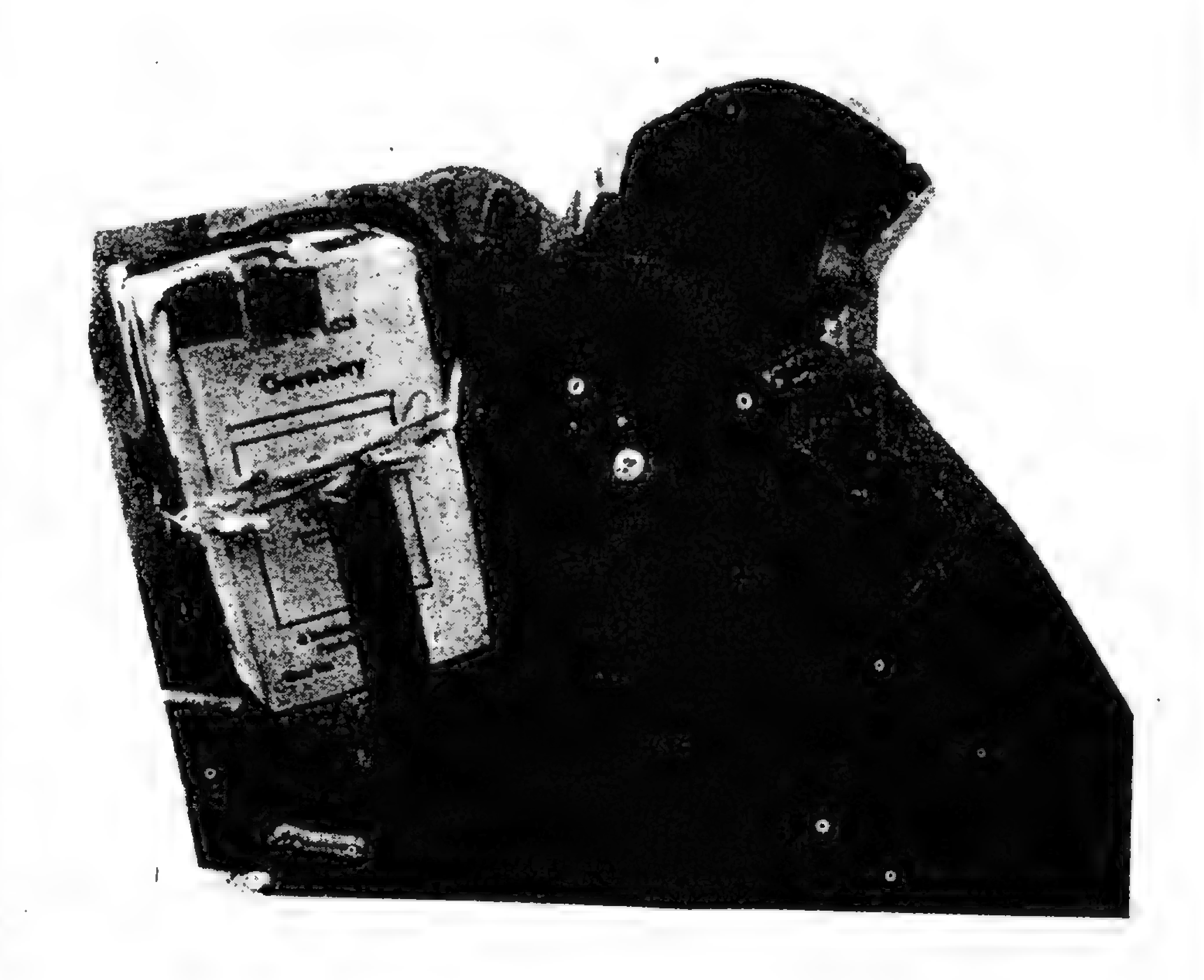
Schade ist das deshalb, weil das von den Autonomie Leuten entwickelte Theoriekonstrukt mit Bezug auf den „sozialen Prozeß" gegen „Entwicklungs- und Leistungsdynamik" den Weg in eine antipatriarchale Diskussionsebene zumindest anbahnt. Der „soziale Prozeß" versteht sich als selbstorganisierte Überlebensstruktur, meist gespeist aus ländlicher Subsistenzwirtschaft. Er entzieht sich soweit wie möglich den Herrschaftsformen der staats- oder privatkapitalistischen Fabrikgesellschaft, was ihn somit in unversöhnlichen Widerspruch zu ihm setzt. Charakterisiert als Raum, der sich hauptsächlich über die Reproduktion bestimmt, nehmen Frauen in ihm die zentrale(im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus, wo sie sich in den Klassenkampf der Produktivkräfte, also den der facharbeitenden Männer gegen die Kapitalisten, nur noch einzureihen haben) Rolle ein.

In der Sowjetunion besaß die bäuerliche Subsistenz vor und noch lange Zeit nach der sogen. „Oktoberrevolution" eine ähnliche Bedeutung wie heute noch in einigen Regionen des Trikonts. Im ersten Kapitel „Zur Aktualität der russischen Revolution" charakterisiert der Begriff der „BauernarbeiterInnen" und das am Schluß meiner Zusammenfassung wiedergegebene Leninzitat von den „schlappen Menschen" in den „Puntilow-Werken" sehr genau die Konfrontationslinie zwischen „sozialem Prozeß" und dem Entwicklungs- und Leistungsdiktat der aufziehenden Fabrikgesellschaft. Weiter jedoch - entsprechend der traditionellen Autonomie Linie - geht die Autorenschaft nicht. Die Dynamik des Geschlechterkampfes innerhalb des „sozialen Prozesses" wird nicht mehr erfaßt; obwohl sie nachvollziehbar vorhanden gewesen sein muß, ansonsten hätten die Frauen von dort aus die „Oktoberrevolution" nicht mit massiven Gleichheitsforderungen konfrontieren können. So wie auf S.13 die „Weiberrevolution" als zentral für den sozialrevolutionären Prozeß eingeordnet wird, finden sich in dem Buch immer wieder Spuren der anderen großen Konfrontationslinie; sie verlieren sich aber und werden so bewußt oder unbewußt dem „großen Widerspruch" zwischen Sozialität und Entwicklungsmodell untergeordnet.

Ähnlich wird im letzten Teil zur Landbevölkerung mit „Bab i Bunty", dem sogen. „Weiberaufruhr" verfahren. Wir erfahren zwar etwas über die Dimension dieses Aufstands, aber nichts über seinen Zusammenhang im Geschlechterverhältnis. Warum taten sich die Frauen zusammen? Hatten sich auf dem Land, nachdem längst die Patriarchen in der jungen UDSSR wieder das Zepter übernommen hatten, noch Orte weiblicher Widerständigkeit erhalten? Beispielhaft nur zwei von vielen Fragen, die zusammen mit ihrer Beantwortung entwickelt werden könnten, wenn die vorliegenden Informationen aus einer anderen Perspektive aufgenommen und bearbeitet worden wären. Es erübrigt sich, weitere Beispiele zu benennen. Das Fazit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Materialienband zur UDSSR bleibt mit der Aufforderung an die Verfasser wie an andere Männer verbunden zu lernen, verschiedenste Texte, Quellen, Erfahrungen mit dem erweiterten Blickwinkel der drei großen ineinander verschlungenen Widersprüche - der zwischen Geschlechtern, zwischen weiß und farbig, zwischen Kapital und Arbeit - anzudenken und auszuwerten.

Trotzdem ist zum Schluß festzuhalten: das Einarbeiten in diesen Materialienband - am besten mit mehreren - lohnt sich. Bedeutung gewinnt das Buch auch dadurch, daß gerade in letzter Zeit wieder alte ML-Rezepte zur Organisierung linksradikalen oder autonomen Widerstands zur Diskussion gestellt wurden. Den Vertretern solcher Rezepte empfehle ich „Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells" zu lesen. Denn der Realsozialismus marxistisch-leninistischer Prägung hatte keine Fehler, er war der Fehler.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.4
Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells
Bestellungen an: Schwarze Risse Verlag
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61 (25 DM)



Presseerklärung zu dem neuen Kronzeugen-Prozeß gegen Adelheid Schulz

Am 25. Mai 1994 beginnt in Stuttgart-Stammheim gegen Adelheid Schulz ein weiterer Kronzeugenprozeß. Der Prozeß ist der vierte in einer Reihe von Prozessen gegen Gefangene aus der RAF, von denen die meißten bereits zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt sind.
Die Urteile für alle diese Prozesse waren bereits politisch in der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) entschieden, bevor der erste der verhandelnden Senate das Verfahren auch nur eröffnet hatte.
Nach den Worten des ehemaligen Generalbundesanwalts von Stahl haben diese Prozesse das erklärte Ziel, zu gewährleisten, daß die betreffenden Gefangenen nicht nach 15 Jahren entlassen werden können.

Vorgeblicher Anlaß für den neuen Prozeß gegen Adelheid Schulz sind abermals die erkauften "Aussagen" der in der DDR verhafteten ehemaligen RAF-Mitglieder. Auf der Basis der Verwertung dieser Aussagen ist ein faires Verfahren nicht möglich.
Grundlage des ersten Urteils gegen Adelheid Schulz, 1985 durch das Oberlandesgericht Düsseldorf, war die Mitgliedschaft in der RAF. Die politische Identität wird mit diesem Prozeß erneut zum Gegenstand politischer Verfolgung gemacht. Juristisch gewendet heißt das, daß Adelheid Schulz wegen "der selben Tat" bereits verurteilt ist. Art. 103 Abs 3 GG verbietet die wiederholte strafrechtliche Verfolgung derselben Tat.

Adelheid Schulz ist seit 11 1/2 Jahren mit unterschiedlichen Isolations- und Sonderhaftbedingungen konfrontiert.
Die langen Jahre der Haft und die auf die physische und psychische Vernichtung angelegten Haftbedingungen haben die Gesundheit von Adelheid Schulz bis auf den Grund zerrüttet.
Nach Auskunft ihrer Vertrauensärztinnen ist eine Wiederherstellung ihrer Gesundheit im Gefängnis unter den Bedingungen der Haft nicht mehr möglich.

Der neu gegen Adelheid Schulz inszenierte Prozeß ist ein staatlicher Angriff auf ihr Leben und ihre politische Identität.

Andreas Groß, RA



Prozeß gegen Heidi Schulz
Der neue Prozeß gegen Heidi Schulz beginnt am 25. Mai vor dem Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim. Weitere Termine sind am 31.5., 1.6., 7.6., 8.6., 20.6., 27.6., 28.6., 29.6., 5.7., 6.7.

INTERNATIONALE NÄCHTE ZUR VERTEIDIGUNG DER ERDE

Über das Ausmaß, welches die Vernichtung der natürlichen Umwelt angenommen hat, sind genug Worte gefallen, dabei zuviele Jahre verloren gegangen. Wir entschließen uns, endlich eine angemessene und fortschrittliche Antwort zu suchen, die Zerstörung der Erde zu behindern und das Leben auf ihr zu verteidigen. Wenn wir zu einem Umstand, der die Zukunft bestimmen wird wie kein anderer, nichts zu sagen haben, wenn wir nichts zu tun wissen, werden wir untergehen. Sprengen wir die Mauern der Ohnmacht, vor die uns die Ignoranz der Wohlstandsmenschen führt. In unseren Köpfen muß Freundschaft zur Erde und Wut über den einseitigen Vernichtungskrieg gegen Wälder und andere Lebenszusammenhänge mehr Raum einnehmen, als Verzweiflung über eigenes Elend und Sättigung durch Konsumrausch !
Persönliche Verweigerung, ziviler Ungehorsam, Sabotage- wichtige Schritte auf einem richtigen Weg, dem Weg aus der Industriegesellschaft. Taten sprechen lauter als Worte !
Zur Bündelung von Aktionen hat die Earthliberationfront die "international earth nights" ins Leben gerufen. Das zweite Mal waren sie auf die Woche vom 1.4. bis 7.4. 1994 festgelegt. Der Aufruf fand auch in Deutschland Verbreitung. Im Folgenden sind einige Aktionen dokumentiert:
- In Frankfurt/Main haben "autonome kämpferInnen für eine erde ohne blutvergiesen und HERRschaft" "einge McDonalds besucht": "weil mc donalds all das verkörpert was wir bekämpfen: tiermord (an täglich 500 Rindern allein in Deutschland), menschenverachtung bei den menschen im trikont die ihrer existenz und ihrem land beraubt werden und verrecken dürfen und den beschäftigten in den filialen die keine rechte haben, umweltzerstörung, rohstoffverschwendung, müllberge...in den von uns besuchten filialen haben wir dazu beigetragen, das wenigstens dort etwas weniger wasser verschwendet wird: wir haben dafür gesorgt, das die klos vollkommen verstopft sind so das die abflussrohre nun erneuert werden müssen. zusätzlich haben wir die klos mit roter farbe verziert, denn mc donalds bedeutet blut - tierblut, menschenblut, eine zerstörte umwelt !"
- In Leer/Ostfriesland schlug eine "autonome gruppe" Scheiben bei einer CDU-Zentrale und hinterließ Buttersäure: "Es gibt 1000 gute Gründe CDU und andere Herrschende, die überall auf der Welt Zerstörung verantworten, anzugreifen."
- Im Raum Münster verursachte eine Gruppe des autonomen Tierschutzes mehrere Tausend D-Mark Schaden an Hochsitzen, ebenso wie im Raum Braunschweig, wo Jagdeinrichtungen und Scheiben von Schlachterläden zerstört wurden.
- Die "Ökoguerilla Norddeutschland" setzte LKWs einer Fleischerfirma aus Habenhausen bei Bremen in Brand. "Fleisch ist Mord. Hände weg von Tieren und Natur. Solidarität mit allen Hungernden im Trikont." Es entstand Schaden in Höhe von 250.000 D-Mark.

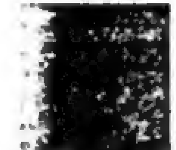
Do 2.6.
16.00 Uhr FU- Hörsaal 2 (Rostlaube, Nähe Hauptmensa) -Gegen die Diffamierung und Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung (Infoveranstaltung zu den gefangenen Antifas von Leuten aus der UnterstützerInnengruppe)

FESTUNG EUROPA-

Asyl, Drogen, «Organisierte Kriminalität»: Die «Innere Sicherheit» der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder

Die Europawahlen stehen vor der Tür und die großen Parteien werben mit Frieden, Sicherheit und einer strahlenden marktwirtschaftlichen Zukunft in einem grenzenlosen vereinten Europa. Nach dem zähen Ringen der beteiligten Regierungen erscheint das wichtigste geregelt und geordnet im neuen Haus der Europäischen Union: Freier Verkehr für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen. Doch wer Wohlstand, Sicherheit und «freie Fahrt für freie Bürger» will, muß entschlossen sein, einen Preis zu zahlen, sagen uns gleichzeitig die Wahlplakate: Wir brauchen die Abschottung nach außen gegen unerwünschte Flüchtlinge und Migranten, eine stärkere Überwachung im Inneren der Europäischen Union, schärfere Gesetze gegen grenzüberschreitende «Organisierte Kriminalität» und wenn es denn sein muß, den Abbau von demokratischen Grundrechten.

Über die Kehrseite des «neuen Europas der offenen Grenzen», über die «Sicherheitsstrategien» der Herren Innen-, Justizminister und Polizeiexperten berichten **Beat Leuthardt**, Jurist und Mitarbeiter der schweizerischen 'WochenZeitung', WOZ und **Heiner Busch** von 'Bürgerrechte und Polizei / CILIP in Berlin.



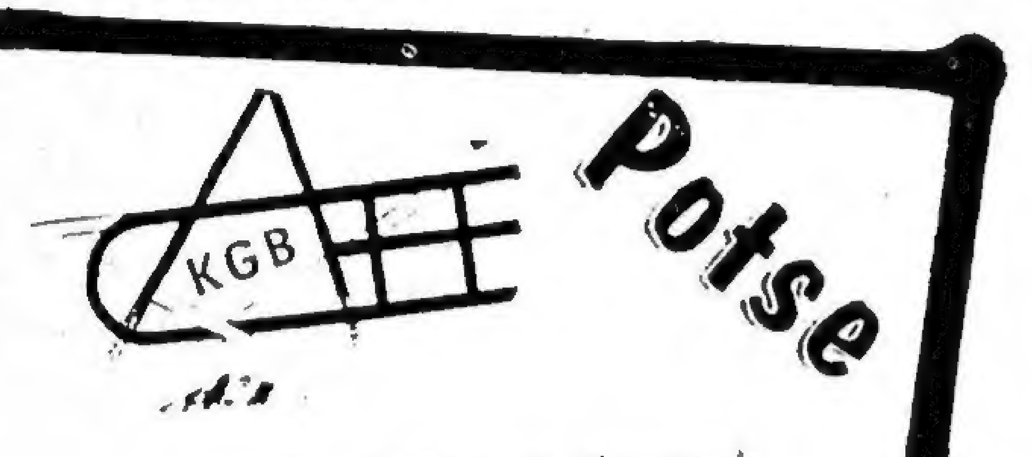
2. Juni 94 - 19.oo Uhr
Gemeindesaal Nostitzstr. 6-7
Berlin Kreuzberg / (U)-Bahn Gneisenaustr.

EL LOCCO
KREUZBERGSTR. 43
1000 BERLIN 61
TELEFON: 785 99 73

Klaus Farin am **Do 2.6.** um 19[30]

"Rechtsrock" in Deutschland

Klaus Farin gehört heute wohl zu den besten Kennern der rechten Szene in Fußball -und Musik-Kreisen. Er gehört vor allem zu jenen Leuten, die als Autoren nicht in einem Uni- oder anderen Sessel sitzen und sich das geschehen von Aussen betrachten und kommentieren, sondern der mitten im Leben steht, der selber Fußballfan ist und seit Jahren als Konzertgänger (bevorzugt Ska-Music) die Szene und ihre Entwicklung seit Jahren im Auge hat. Die zahlreichen Veröffentlichungen zu diesem Thema haben zu einer Diskussion im breiten Publikum beigetragen.



Potse

Potsdamer Straße 180, U-Kleistpark

Fr 3.6. 20 Uhr Filme:
Qui ubole ? Was ist los? über El Salvador 1992 & die Friedensvereinbarung zwischen FMLN und Arena-Regierung
Por el cambio social: Ila mujer presente! über Frauen in El Salvador
ReferentIn zur aktuellen Situation (angefragt)

ERÖFFNUNGSPARTY am Fr, den 3. Juni 94 ab 20.00h

PIG (Café, Infoladen, Archiv)
im PALVE Friedenstr.3-4
U-Bhf. Alt-Mariendorf (U6)

10 JAHRE Sa 4.6.
SCHWARZE RISSE
Buchladen und Verlag

HOFFEST

Sa. 4. 6. 1994 ab 15.00 Uhr:
Kaffee und Kuchen
Arabisches Essen
Kekspfeifen verschärft
FILME
From music to rebellion
Dynamit am Simplon
Schwarzfahrer
LESUNG
mit Michael Wildenhain
AKROBATIK

PARTY IM EX

ab 21.00 Uhr mit:
Schwarze-Risse-Band
Dildo took a taxi
P.N.A.T.S.H.
Disco

Anarchistischer Medienladen



im El Locco Café

Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)

Sa 4.6. 2. Juni 1967 19.00 Uhr

Videofilm mit anschließendem Diskussion

" Ein Schuß veränderte die Republik."

Am 2. Juni waren die Fronten klar. Die Steine, die von den in die Krumme Straße geprügelten Demonstranten geworfen werden, fallen nicht unter die Kategorie »berechtigter Unmut«. Diese Steine halten die Polizei nicht von der Knüppelschlacht ab, im Gegenteil, sie erleichtern ihr die Identifikation der Situation. Die Demonstranten des 2. Juni werden wie bewaffnete Aufständische behandelt. Gegen die zerschlagene Demonstration wendet die Polizei die vertrauten Regeln einer Straßenschlacht an.

Ziffer 283: »In geschlossenen Ortschaften sind insbesondere folgende Grundsätze zu beachten:

(...) Es sind schmale Angriffstreifen und nahe Angriffziele festzulegen. Nach Erreichung von Zwischenzielen sind die Kräfte stets neu zu ordnen. Der Angriff in Straßenzügen ist mit besonders gegliederten und bewaffneten Angrifftrupps zu führen; Überraschungsmöglichkeiten sind dabei auszunutzen. Bewegung und gegenseitige Sicherung sind aufeinander abzustimmen (...) Zur Sicherung der vorgehenden Kräfte gegen überraschende Überfälle aus Kellern, Fenstern, Dächern und sonstigen Hinterhalten sind besondere Beobachter einzuteilen (...) In Häusern sind zunächst Eingänge, Treppenhäuser, Lichtschächte und andere gefährliche Stellen zu besetzen.«

KAMPF DEM BRD-IMPERIALISMUS
SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN VOLK!!!

DEMO Samstag 4. Juni 1994 12.00 Uhr Fehrbelliner Platz

KAMPF DER FAP!

DEMONSTRATION Samstag, 4. Juni 94 13.00 Uhr Northeim Parkplatz am Mühlenanger

Sonntag 5. Juni
Open-Air-Konzert,
Multikulturelles Stadtteil-Fest
im Park am Weißbecker-Haus
Kinderprogramm
14 Uhr : Teakwondo-Kinder-Demonstration
: Akrobatik
: Schüler-Band "Young Notes"
: Down Beat +Conret Jungle Sondsystem
:"Makweru-Afrikanische Band
:Capoera-Vorführung
:Chinesische Schwert-Künstler
: Infos + Beiträge zum Hauptstadtwahn
: Umstruktuierung zum Regierungsviertel
: SPD-Hauptzentrale Stresemann/Wilhelmstr.
: Ton-Dia-Serie übers Weißbecker-Haus
: Infostand zu Palästina/Marc Rudin Gruppe
:Kinderferien+Tagungshaus Wernsdorf
: Antifa-Infostand
: Kiez-Küche
: Afrikanisches Essen,Trinken
22 Uhr : Reggae-Disco-Sound-System
Das Ganze ist mit Eintritt,
ca. 6 Riesen Vorkosten
von Überschuss gehen 25% an Palästina
25% ans Kinderferien+Tagungshaus Wernsdorf
Also erscheint massenhaft !
Gegen Umstruktuierung unserer Lebensräume
gegen Mietwucher,Bonzen+Regierungsviertel
Für eine internationale,bunte Selbstorganisierung

So 5.6.

Termin für Termiten : am Sonntag, den 5.6.
AUTOFREIER INNENSTADTRING
Fahrradkorso und Straßenfeste für alle, denen die Scheiß-Verkehrspolitik von Haase,Nagel und Co schon lange stinkt.
14.00 Uhr,Beginn der Straßenfeste (Kottbusser Tor,Schlesisches Tor,Warschauer/Grünberger Str.,Dimitroff/Bötzowstr., Dimitroff/Dunckerstr.,Eberswalder/Oderbergerstr.,Bernauer/Ackerstr., Invalidenstr./Am Nordbahnhof,Entlastungsstr./Paul-Löbe-Str.,Mierendorffstr.
15.00 Uhr Fahrradkorso-Start bei den Straßenfesten
17.00 Uhr Menschenkette (naja ??)
Termite: f.,die,Angehörige einer den Schaben nahestehenden Ordnung der Insekten, die in hochentwickelten Staaten leben)

OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE

So 5.6.

ERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion

über das Buch von Jean-Pierre Voyer

TERSUCHUNG ÜBER NATUR UND URSACHEN DES ELENDS DER MENSCHEN

Mo 6.6.

Uhr

Musik-Cafe Ton-Ton

Boddin- Ecke Isarstraße

(Nähe U-Bhf. Neukölln)

Kaufhaus KATO

(Im U-Bahnhof Schlesisches Tor)

jeweils 19.30h

Veranstalter "analyse& kritik" (ak) / Kommunistischer Bund

Di 7.6. FMLN El Salvador

Nach elfjährigem Befreiungskampf zwischen der linksgerichteten FMLN ("Farabundo Marti Liberacion Nacional") und der von der US Regierung unterstützten ultra-rechten Regierung El Salvadors kam es 1992 unter Vermittlung der Vereinten Nationen zum Abschluß eines Waffenstillstandabkommens. Dadurch wurde ein umfangreicher Friedensprozeß eingeleitet, der seinen Höhepunkt in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 20. März dieses Jahres fand.
Trotz beträchtlicher Kritik seitens unabhängiger Beobachter an Wahlmanipulationen wurde das Ergebnis von allen Parteien akzeptiert.
Die rechtsextreme ARENA-Partei ging mit ca. 45 % als Siegerin aus den Wahlen hervor. Die FMLN erhielt 24% der Stimmen.
Wenngleich die FMLN die stärkste Oppositionskraft im nächsten Parlament sein wird, ist doch die Unzufriedenheit in der eigenen Partei groß.

Referenten

Lorena Peña (Comandante Rebecca Palacio, FMLN-Parlamentsabgeordnete)

Albert Sterr (ak-Autor, Nürnberg)

Antifa HUmmel

presents:

Rassismus und antifaschistische Selbsthilfe

- Der Fall Kaindl -

Am Dienstag d. 7. Juni, um 19 Uhr

Senatssaal, HU- Hauptgebäude

Unter den Linden 6

(100er Bus oder Endhaltestelle Tram 1 oder S- Bhf Friedrichstr.)

Mi. 8.6. um 20 °°

Kreuzbergstr. 43
1000 Berlin 61
offen dienstag - sonntag ab 16 °°

EL LOCCO

Novembermond

NOVEMBERMOND erzählt die Geschichte der deutschen Jüdin November Messing, die 1933 mit ihrem Vater nach Paris emigriert.

Nach der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen 1940 kann November zunächst in die Freie Zone flüchten. Dort wird sie denunziert und von der Gestapo verhaftet. Mit Hilfe eines jungen SS-Soldaten gelingt ihr jedoch die Flucht. November schlägt sich bis Paris durch und wird dort von ihrer Freundin Férial versteckt. Férial riskiert dafür ihr Leben. Um nicht aufzufallen und um November zu schützen, nimmt Férial eine Arbeit beim Kollaborationsblatt „La Gerbe" an.

November und Férial überleben den Krieg, aber Férial zahlt ihren Preis: nach der Befreiung von Paris wird sie von fanatischen Landsleuten als vermeintliche Kollaborateurin bestraft.

Kaufhaus KATO

(Im U-Bahnhof Schlesisches Tor)

jeweils 19.30h

Veranstalter "analyse& kritik" (ak) / Kommunistischer Bund

Mi 8.6. ANC Südafrika

Nach seinem großen Wahlsieg muß der "African National Congress" (ANC) als führende Kraft innerhalb der für die nächsten fünf Jahre vereinbarten Regierung der "nationalen Einheit" so schnell es geht die elementaren Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerung befriedigen: Arbeit, menschwürdiger Wohnraum, Bildung.
Doch der ANC ist zwar an der Regierung, aber die ökonomische Macht liegt weiterhin in den Händen des (weißen) Kapitals. Zudem sind die früheren Repressionsapparate in das neue Südafrika übernommen worden und faschistische und reaktionäre Orgnaisationen sind weiterhin aktiv.
Angesichts dieser inneren, aber auch der internationaeln Kräfteverhältnisse versucht der ANC mit einer Politik weitestgehender Versöhnung die einstigen Gegner auf Loyalität und Mitarbeit zu verpflichten.

Referenten

Bert Seraje (ANC)

Jörg Stoll (ak-Redakteur Berlin)

Anarchistischer Medienladen BARBATA im El Locco Café

Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin-Kreuzberg (U- + S-Bahn Yorckstr.)

Mi 8.6.

Halt! - Mittwoch - Frauen -Aussteigen!

Ein Treff für Anarchistinnen, die dann vielleicht auch den Dienstag, Donnerstag ... befreien.

Dieser Tag soll ein Untag sein. weg mit der Hast, weg mit Terminen, Geschäften, Kinder versorgen, Männer bedienen. Ein Tag der Langsamkeit für uns. Perspektive träumen gegen die Alltagsmaschinerie.

Mittwoch, den 08.06.1994

Kaufhaus KATO

(Im U-Bahnhof Schlesisches Tor)

jeweils 19.30h

Veranstalter "analyse& kritik" (ak) / Kommunistischer Bund

Do 9.6. PLO Israel / Palästina

Nachdem sich die israelische Regierung und die PLO in Kairo auf ein Ausführungs-Abkommen über die - räumlich auf Jericho und den Gaza-Streifen bzw. politisch auf bloße Behörden-Funktionen beschränkte - palästinensische Autonomie geeinigt hatten, da räumten die israelischen Besatzungs-Soldaten nach 27 Jahren ihre Kasernen. Eine Autonomierat wurde gebildet, und PalästinenserInnen aus der *Fatah* übernahmen die Verwaltung in ihren autonomen Gebieten.
Die Freude über den Abzug der Israelis und dem Einzug der Palästinen-sischen Befreiungsarmee war in Jericho, Gaza und den von Israel besetzten Gebieten überschwenglich. Doch viele Fragen sind noch offen, damit der friedliche und demokratische Wiederaufbau Palästinas gelingen kann.

Referenten

Nabil Koulallat (ehm. Botschafter der PLO in der DDR)

Klaus Mellenthin (ak-Redakteur, Mitglied des "Deutsch-israelischen Arbeitskreises", Hamburg)

Antirassistische Initiative am **Do 9.6.** um 19³⁰

"Aus der Mitte der Gesellschaft ..."

Die Arbeit der antirassistischen Initiative

EL LOCCO
KREUZBERGSTR. 43
1000 BERLIN 61
TELEFON: 785 99 73

Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Beteiligt sind Politiker, Medien, NachbarInnen, Behörden, Polizei - wie können wir intervenieren und wo ist es am vordringlichsten? MitarbeiterInnen der Antirassistischen Initiative berichten von ihrer Arbeit.

Do 9.6.

16.00 Uhr FU- Hörsaal 2 (Rostlaube,Nähe Hauptmensa) Infoveranstaltung über das neurechte Blatt " Junge Freiheit " mit Leuten aus dem Redaktionskollektiv der Broschüre über die JF

DEMONSTRATION !

Die besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer bleiben!

Die Spekulanten und Politiker, die für Obdachlosigkeit und Mietwucher verantwortlich sind, gehören auf die Straße gesetzt !

! Nicht wir !

Freitag 10 Juni

16 Uhr

U - Spichernstraße

danach Picknick bei uns

Kein Pardon den Spekulanten und Miethaien !

KGB

Potse

Potsdamer Straße 180, U-Kleistpark

Fr 10.6. 20 Uhr Film:
was aber waren wir für menschen, über die Zusammenlegung zur Freiheit ... seine Ursachen

---



ANTIFA SOLI-PARTY

für die gefangenen und verfolgten antifas

RIGAER STR. 83 F'HAIN SAMARITERSTR.

SAMSTAG 11.6.94 ab 21°°

Sa 11.6. Prozeßkosten-Soliparty wegen der Besetzung der Kindl-Säle im Juni '92. Solibeitrag 3,- . Ab 22Uhr Essen, Trinken, Tanzen in der Yorckstr. 59, HH 2. Stock.

10 Jahre Schwarze Risse

Buchladen und Verlag



Hoffest

Sa. 4. 6. 1994 ab 15.00 Uhr:
Kaffee und Kuchen
Arabisches Essen
Kekspfeifen verschärft

FILME
From music to rebellion
Dynamit am Simplon
Schwarzfahrer

LESUNG
mit Michael Wildenhain

AKROBATIK

Party im Ex

ab 21.00 Uhr mit:
Schwarze-Risse-Band
Dildo took a taxi
P.N.A.T.S.H.
Disco

im Mehringhof · Gneisenaustraße 2a · Berlin-Kreuzberg

Unkostenbeitrag 7,– DM · Karten im Buchladen Schwarze Risse